

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends

Abonnementspreis 3 M pro Quartal bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:

Hamburg 88, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:

Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Der unheilige Geist des Kapitalismus.

Dass die Unternehmer und die sonstigen Gegner der Gewerkschaftsbewegung immer wieder behaupten, die Gewerkschaften weckten nur Wünsche und Hoffnungen in der Arbeiterschaft, die nicht erfüllt werden könnten, ist wohl längere Zeit hinaus noch nicht zu ändern. Tatsächlich durch die Tätigkeit der Gewerkschaften schon viele ganz bedeutungsvolle Wünsche der Arbeiterschaft erfüllt worden. Es ist bewusste Irreführung, wenn die Gewerkschaftsgegner sagen, diese Wünsche wären auch ohne Zutun der Gewerkschaften von der Wirtschaft und Politik berücksichtigt worden. Wir wissen nur zu gut, wie groß die Widerstände gegen fast jeden sozialen Fortschritt gewesen sind, und wie diese Widerstände von der organisierten Arbeiterschaft Schritt für Schritt überwunden wurden. Es ist einfach ein Unsinn, zu behaupten, innerhalb des kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems sei irgend jemand auf irgendeines ändern Wohl bedacht. Der Geist dieses Systems ist nicht im geringsten sozial, gemeinnützig oder auch nur duldsam, er ist lediglich ausgesprochen selbstsüchtig, er ist rücksichtslos gewinnstüchtig. Die Wirtschaftswissenschaft bestreitet das übrigens gar nicht. Sie nimmt an, dass das Allgemeinwohl von selbst gewahrt würde, wenn jeder mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, seinen eigenen Vorteil erstrebt. Aber dieser wissenschaftliche Grundsatz ist längst erschüttert und verliert von Tag zu Tag mehr an Boden. Vor einigen Jahren zeigte sich besonders deutlich der englische Professor Keynes in einem Vortrage in der Berliner Universität, der damals viel Aufsehen erregt hat. Der berühmte Wirtschaftswissenschaftler kam zu dem Schluss, „dass sich die großen Unternehmungen mit der Zeit selbst sozialisieren. Dies sei die natürliche Entwicklungsrichtung. Im Kampf mit dem privaten Profitkapital erringe der Sozialismus Sieg auf Sieg.“ Seitdem haben fast alle Wirtschaftswissenschaftler auf ähnliche Gedanken öffentlich vertreten. Wer eine politische Scheuklappen trägt, muß heute, wenn er überhaupt das Volksleben und die sogenannte „Volkswirtschaft“ beobachten, erkennen, daß „wir in eine Zeit hineinwachsen, in der sich die Voraussetzungen des großen sozialistischen Marx immer mehr erfüllen“, wie Professor Schmalenbach in Wien ungefähr sagte, als er gleichzeitig die schwersten Vorwürfe gegen die Trüff- und Kartellwirtschaft erhob. Es ist natürlich besonders bedeutungsvoll, wenn Nichtsozialisten oder sogar ehemalige scharfe Kritiker der Ideen von Karl Marx so sprechen. Leider fährt der größte Teil des Volkes davon nichts; denn die sogenannte bürgerliche Presse hält ihre Berichte so, daß niemand wach und aufmerksam wird oder gar Gedanken daran findet, sich mit volkswirtschaftlichen Dingen gründlicher zu befassen. Sie weiß, weshalb sie stets alles vermeidet, was bei Unternehmern und Händlern ein Stirnrunzeln hervorrufen könnte. Diese Presse ist eben privatkapitalistisch-gewinnstreberisch eingestellt. Und das verleiht ihr selten mit einer sachlichen, furchtlosen Einstellung zu den Erscheinungen des Lebens. Die Presse, die verdienen will, an der sogenannten Wirtschaft verdienen will, und es der Regel auch muß, weil sie sonst untergeht, kann nur vor beschränkter Wahrheit und Recht eintreten. Kapitalistische Gemütskraft gerät auf Schritt und Tritt mit dem natürlichen Empfinden in Widerspruch. Es steht ja schon diese alte, dem Leben abgelauschte Erfahrung in der Bibel: Man kann nicht Gott dienen und dem Mammon.“

Die Presse, die sich von kapitalistischen Einflüssen und Abhängigkeiten frei fühlt — und dazu gehört die frei-gewerkschaftliche — muß deshalb um so eifriger alles vertreten, was die kapitalistische Herrschaft in Staat und Wirtschaft erschüttern kann. Wenn wir auch nicht daran zweifeln, daß gegen die rücksichtslose Gewalt des Kapitals mit halben Mitteln und mit allerhand Einschränkungen und Zweifeln nichts Rechtes ausgerichtet werden kann, so ist es doch immerhin erfreulich und ein Zeichen für ein sich freier allem anbahnendes freieres Denken, wenn auch im Zentrumslager hier und da die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung richtig gesehen und gezeigt wird. Die Tageszeitung „Der Deutsche“ trieb kürzlich:

„Für jeden, der Augen hat zu sehen, ist es sichtbar, daß sich tiefgreifende revolutionäre Bewegungen gegen den Kapitalismus verbreiten. Sie kommen her vom Geist-

lichen, vom Sittlichen und vom Religiösen und wenden sich gegen das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das trotz demokratischer Staats- und Regierungsformen, trotz scheinbar völliger politischer Freiheit, die große Masse der Arbeitenden nicht zu einer menschenwürdigen Existenz kommen läßt. Das Zusammenleben der Menschen und der Völker ist durchseucht und vergiftet von dem unheiligen Geist des Kapitalismus. Man drehe es, wie man will: vor Gott gibt es kein Eigentumsrecht, und auch nicht in der natürlichen menschlichen Ordnung. Dieses Eigentumsrecht darf das Recht des Nächsten auf eine menschenwürdige Existenz nicht beeinträchtigen. Wer kann einer christlich-revolutionären Bewegung verwehren, auf eine Revision der heutigen Eigentumsverteilung hinzu-drängen?“

Das ist recht verständlich und deutlich. Es muß schon eine christliche Arbeiterschaft fordern und drängend hinter einer solchen Meinungsäußerung eines Zentrumsblattes stehen, die nicht nur den Lauf der heutigen Zeitereignisse versteht, sondern auch gewillt ist, selbst die Dinge, die werden, mitzugestalten. Es muß aber festgehalten werden, daß jetzt überhaupt der Erkenntnis wächst, daß das private Besitzrecht an den Selbsterhaltungsmitteln der Menschheit oder eines Volkes ein Unrecht und eine naturwidrige Unordnung ist und nicht, wie man doch noch bis vor kurzem in kirchenfrommen — nicht religiösen — Kreisen aller Konfessionen sagte, eine göttliche, eine heilige Sache. Es klingt gerade in Deutschland einigermaßen merkwürdig, wenn ein bis vor vier bis fünf Jahren noch schwer bei seinen Mitbürgern verschwiegener Besitzer nationaler Sachwerte selbstbewußt erklärt: „Das Eigentum, dieses mein Eigentumsrecht am Grund und Boden, an Häusern, Wohnungen, Fabriken und Werkstätten ist „heilig“. Demnach müßte es ein „heiliges“, ein gottgefälliges Tun sein, seinem Nächsten etwas fortzunehmen. Hat man nicht den Hypothekengläubigern Sachpfänder im Werte von ungezählten Milliarden Vorkriegsmark gewaltfam aus der Hand gerissen? Und standen hinter diesen unseligen Taten nicht sehr einträchtig die großen Wirtschaftsverbände? Wenn man nun gegenwärtig die Haus- und Grundbesitzer reden hört und andere Vertreter des Kapitals, die alle nicht genug an sich reifen können, die ungehemmt die denkbar höchsten Gewinne aus den Milliardenbeschenken ziehen wollen, dann kann man nur wiederholen was „Der Deutsche“ schreibt: „Der Geist des Kapitalismus ist ein unheiliger, ein das Zusammenleben der Menschen und Völker ver-

giftender Geist. Das Eigentumsrecht ist weder natürlich noch göttlich, es ist am allerwenigsten dazu da, dem Mitmenschen das Dasein zu beeinträchtigen.“

Es könnten noch mehr Stimmen aus dem Zentrums-lager angeführt werden, die recht angeschminkt die heutigen Entwicklungsstadien zeigen. Der Bischof Dr. Kilian schreibt: „Viele Katholiken seien heute bereit, nicht nur die Auswüchse des Kapitalismus zu bekämpfen, sondern auch sein Wesen. Sie möchten ihn an der Wurzel fassen und eine bessere, sozialere Lebensordnung an seine Stelle setzen, wenn auch schwer sei, die einzelnen Formen zu finden.“

Auch Professor Dr. Vossauer, der schon öfter scharf die herrschenden Wirtschaftsverhältnisse und die im Sachlichen sowohl als auch im Geistig-Sittlichen zu suchenden Wirtschaftsfehler kritisiert hat, redet wieder eine deutliche Sprache:

„Das Gesetz der sachlichen Ökonomie, das in der Technik seine Heimat habe, sei bedeutender als das Gesetz der gewinnbringenden Erzeugung. Die technische Sachlichkeit müsse deshalb in der Wirtschaftsentwicklung und auch der Kulturentwicklung über das Rentabilitätsgesetz siegen. Eine Dienstwirtschaft nach den technischen Gegebenheiten müsse neue Wirtschaftsformen schaffen. Der Weg des wirtschaftlichen Geschehens unserer Tage werde angezeigt durch Erscheinungen, wie internationale Zusammenschlüsse, Eingriffe des Staates in die Wirtschaft, Riesenvertrusting, Regelung der Erzeugung und des Verbrauchs unter Überwindung der sich widersetzenden privatwirtschaftlichen Mächte. Man möge das kommende Planwirtschaft nennen oder nicht: es liege in den Dingen beschlossen.“

Dies alles erpreßt der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ den Senfzer: „Man kommt in den Kreisen katholischer Sozialethiker und Sozialwissenschaftler zu einer erstaunlichen Annäherung an Karl Marx, den früher Verfeindeten.“

Das sind doch Zeichen der Zeit, die beachtet werden müssen. Denn darauf kommt es ja gerade an, daß nicht nur die vielen Arbeiter, die noch unaufgeklärt sind, sehend werden, sondern daß auch Irrtümer anderer Richtung gestellt werden, daß die Wahrheit auf mehreren Wegen eindringt in alle Kreise des Volkes. Der ehrlich Denkende und Vorurteilslose kann sich den Wahrheiten der sozialistischen Weltanschauung ja kaum lange widersehen, wenn es eben nur möglich wird, an ihn heranzukommen. —t.

Ein Putsch zerbricht an der Gewerkschaftsmacht.

Am 16. März jährt sich zum zehnten Male der Tag, an dem mit Nachdruck in das Stammbuch der Geschichte geschrieben wurde, daß die politische und wirtschaftliche Alleinherrschaft des agrarischen und industriellen Besitzes endgültig vorbei ist. Es ist der Tag, an dem die machtpolitischen Ziele einer Militärdiktatur durch den organisierten gewerkschaftlichen Machtwillen erfolgreich durchkreuzt wurden.

Was wollten Kapp und seine Helfer? Die Beseitigung der Demokratie, in der das Volk souverän über sein politisches und wirtschaftliches Geschick entscheidet. Die Beseitigung der sozialen Schutzrechte der Arbeiterschaft, die als Konsequenz in der Weimarer Verfassung niedergelegten Grundrechte geschaffen wurden. Die Beseitigung jeglichen demokratischen Einflusses in den Staats- und Verwaltungskörperschaften, wo an Stelle eines bürokratisch-junkerlichen Gebahrens einem dem Volke zugewandten freiheitlichen Geiste die Tore geöffnet wurden.

Die Verwirklichung eines jedes dieser Ziele hätte nicht nur eine Arbeitnehmergruppe oder eine Gewerkschaftsrichtung getroffen, sondern der Schlag galt der deutschen Arbeitnehmerbewegung in ihrer Gesamtheit. Deshalb auch die einheitliche Gegenwehr. Binnen weniger Stunden war der größte Generallstreik Wirklichkeit, den die Geschichte der sozialen Bewegungen kennt. Was ist seitdem mit diesem Kampfbegriff nicht alles für agitatorischer Unfug getrieben worden. Erfreulicherweise hat sich diese Psychose während der letzten Jahre etwas gelegt, aber noch immer tauchen in den Reihen der Gewerkschaften Menschen auf, denen jedes Verständnis für den gewerkschaftlichen Kampf und die dabei zu beachtende Taktik abgeht, und die deshalb das Wort Generallstreik so leichtfertig im Munde führen, wie ein Krämer den Namen seines gangbarsten Handelsartikels. Deshalb seien in Erinnerung an den zehnten Jahrestag des großen gewerk-

schaftlichen Kampfes, der in wenigen Stunden einer Militärdiktatur das Rückgrat zerbrach, diesem Thema einige Worte gewidmet.

Ein Generallstreik muß von der Gesamtheit der Gewerkschafter und von allen Gewerkschaften einheitlich durchgeführt werden. Er ist nur dann begründet, wenn er durch einen Angriff auf die Lebensrechte der gesamten Arbeiterschaft notwendig wird. Diese letzte gewerkschaftliche Waffe schon jedesmal dann zu gebrauchen, wenn einem einzelnen Gewerkschaftsmitglied oder einer einzelnen Gewerkschaftsgruppe soziales Unrecht geschieht, würde dazu führen, daß der Generallstreik zu der am häufigsten gebrauchten Waffe werden würde. Das aber stumpft sie ab. Mit den sich täglich ergebenden Schwierigkeiten fertig zu werden ist Aufgabe der Berufsverbände und der Organe, die zum Schutze der Arbeitskraft von den Gewerkschaften erkämpft und im gleichen Boden verankert worden sind: Betriebsräte, Arbeitsgerichte usw. Beim Kapp-Putsch lag ein wohl vorbereiteter Angriff auf die Lebensrechte der gesamten deutschen Arbeiterschaft vor, der mit der Beseitigung des demokratischen Regierungssystems seinen Anfang nehmen sollte. Somit war der Grund zu einheitlicher Gegenwehr durch den Generallstreik gegeben, der ebenso einheitlich wie der Angriff geführt wurde.

Als zweite wichtige Voraussetzung zu einem erfolgreich zu führenden Generallstreik ist seine Kürze zu nennen. Er muß binnen ganz weniger Tage den endgültigen Sieg bringen, da sonst die Gefahr besteht, daß sich die Waffe gegen den Richter, der sie führt. Diese Forderung ergibt sich aus der ungeheuren Bedeutung, die der Werte schaffenden Arbeit im gesamten Volks- und Staatsleben zukommt. Man denke sie sich auch nur eine oder einige Wochen ausgehalten, also im Sinne der Gütererzeugung und Güterbewegung brachliegend. Dann würden Krankheit und Hungertod in Millionen Familien des Volkes die unabwendbare Folge sein. Damit aber würden gerade

die Schichten des Volkes, denen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse keine Geld- oder Warenreserven zur Verfügung stehen, am schwersten getroffen werden. Es braucht kaum noch gesagt zu werden, daß das vor allem die Arbeiterklasse selbst ist. Im Generalstreik des Jahres 1920 lagen die Produktions- und Verkehrsbetriebe nur wenige Tage still, und der Sieg, der sich in der Flucht der Kapp-Regierung äußerte, war vollkommen.

Daneben gelten freilich alle die Voraussetzungen, die an die erfolgreiche Durchführung einer jeden gewerkschaftlichen Kampfmaßnahme geknüpft sind, wie Geschlossenheit, Disziplin, Opferwilligkeit und andere, in erhöhter Potenz auch für den Generalstreik. Das sollte gerade jetzt, am zehnten Jahrestage des großen Kampfes, beherzigt und vornehmlich denen zum Bewußtsein gebracht werden, die das weite und schwierige Gelände, auf dem der Klassenkampf täglich und stündlich tobt und auszutragen ist, nicht sehen oder sehen wollen und die deshalb Barrikadenkampf mit Klassenkampf verwechseln.

Aber noch eins ist der Betrachtung wert, wenn wir den durch gewerkschaftlichen Widerstand binnen wenigen Stunden erlebten Kapp-Putsch betrachten. Was Kapp, Lüttich und Ludendorff taten, war im wahrsten Sinne des Wortes ein Verfassungskampf. Lassalle hat uns gelehrt, daß eine Verfassung nur dann existieren kann, wenn sie ein getreues Spiegelbild der wirklichen Machtverhältnisse darstellt. Als solche nannte uns der große Staats- und Verfassungstheoretiker in erster Linie den König, dem das Heer gehorcht und die Kanonen, den Adel, der Einfluß bei Hof und König hat, die großen Industriellen und Bankiers, die über Fabriken, Maschinen und Gelder verfügen. Wirksamer als durch den Kapp-Putsch konnte durch kein Ereignis der Weltgeschichte demonstriert werden, daß heute bei der Aufzählung der Verfassungsfaktoren die große, von einem einheitlichen Willen beseelte und in feste Organisationen gefügte Macht der Arbeit an erster Stelle zu nennen ist. In den Märztagen des Jahres 1920 standen alle die Gewalten, die über das Heer, die Kanonen, die Fabriken und die Gelder verfügten, offen oder geheim in der Front gegen die Arbeit. Diese aber blieb trotzdem Sieger. Warum? Weil sie, vom Band der gewerkschaftlichen Idee fest umschlossen, allen Widerständen zu trotzen vermochte. Was bei der Abwehr des Kapp-Putsches sehr sinnfällig war, vollzieht sich im kleinen überall dort, wo es gilt, gewerkschaftliche Machtpositionen im wirtschaftlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Leben zu erkämpfen oder zu halten. In der Gestaltung eines jeden sozialen Gesetzes und in jedem Schiedsspruch spiegelt sich das tatsächliche Machtverhältnis wider. Durch gewerkschaftliche Macht und Einheit wurde der große Verfassungskampf am 18. März 1920 zum Besten der Entrechteten und Unterdrückten entschieden. Entschieden, soweit die offene Feldschlacht in Frage kam, durch Erhaltung der Demokratie. Seitdem und für alle Zukunft geht es um ihren Ausbau, wo ebenso wie in den kritischen Märztagen die Macht entscheidet, über die die Arbeiterorganisationen und vor allem die Gewerkschaften verfügen. F. V.

Notwendige Bildungsarbeit.

Der Gedanke, daß Wissen Macht sei und Bildung frei mache, ist schon immer Allgemeinort der modernen Arbeiterbewegung gewesen. Ein großer Teil der Tätigkeit von Partei und Gewerkschaften und der kulturellen Arbeiterorganisationen dient dem Ziel, die Arbeiterschaft nicht nur wirtschaftlich und politisch frei zu machen, sondern ihr auch das notwendige Maß von Bildung und Wissen zu übermitteln, ausgehend von dem Gesichtspunkte, daß die zu lösenden Aufgaben eben nur mit einer aufgeklärten Arbeiterschaft bewältigt werden können. Bestand die Notwendigkeit für diese Bestrebungen schon in der Vorkriegszeit, so wurde sie um so dringlicher in der Nachkriegszeit mit ihren ganz anders gearteten Verhältnissen. Der Zusammenbruch von 1918 und die sich daraus ergebende politische Umwälzung hat gezeigt, daß es zwar möglich ist, förmlich über Nacht ganz neue politische Verhältnisse zu schaffen, daß aber zur Erweiterung der Macht auf wirtschaftlichem Gebiete eine ganze Reihe weitgehender Voraussetzungen notwendig sind. Eine dieser Voraussetzungen ist eine Arbeiterschaft, die über ein möglichst hohes Maß von Wissen und Bildung verfügt, die sich über die wirtschaftlichen Zusammenhänge im klaren und in der Lage ist, aus ihren Reihen heraus die Kräfte zur Verfügung zu stellen, die für den weiteren Aufstieg notwendig sind. Man

war sich darüber klar, daß hierfür die Bildungseinrichtungen der Vorkriegszeit nicht mehr ausreichten. Zum Teil mußten auch völlig neue Wege gegangen werden. Die Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft für die Schaffung neuer sozialpolitischer Gesetze stellen an den Funktionär ganz gewaltige Anforderungen. Besondere Kurse für Betriebsräte, für Arbeitsrichter und die Funktionäre innerhalb der Arbeitslosenversicherung wurden eine zwingende Notwendigkeit. Es war ferner notwendig, Bildungsklassen zu schaffen, in denen Wirtschaftspolitik und Arbeitsrecht in grundlegender Weise gelehrt wird. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ging in der Schaffung und Unterstützung von Wirtschafts- und Gewerkschaftsschulen voran. Die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. Main ist seiner Initiative zu danken. Die einzelnen Verbände wetteiferten in der Schaffung von eigenen Funktionärschulen. Es wurden Heime erworben, eigene Lehrer angestellt und versucht, einen möglichst großen Teil der Funktionäre in Kursen von kürzerer oder längerer Dauer auszubilden. Durch Einschlebung von Wochenend- und Wanderkursen konnte der Kreis der zu erlassenden Funktionäre wesentlich erweitert werden. Tausenden von tätigen Gewerkschaftsangehörigen und -genossen war so Gelegenheit gegeben, ihr Wissen zu bereichern, um so draußen im Lande den Anforderungen des Tages besser gerecht werden zu können.

Es war daher nur zu verständlich, daß auf der Generalversammlung in Stuttgart ein Antrag angenommen wurde, der verlangte, daß auch in unsern Verbänden Kurse ähnlicher Art abgehalten werden sollen. Der Vorstand trug diesem Willen der Generalversammlung aus guten Gründen Rechnung und beschloß, für den Winter 1929/30 in allen Verbandsbezirken Funktionärskurse abzuhalten. Es war zu überlegen, ob die Kurse von längerer Dauer sein sollen und darum nur ein kleinerer Kreis von Funktionären zugezogen werden sollte, oder ob nur kurze Kurse zu wählen sind, um alle Filialen daran teilnehmen zu lassen. Der Vorstand ging den letzteren Weg. Jeder der Kurse dauerte drei Tage. Es haben insgesamt 195 Schüler teilgenommen. Durchschnittlich entfielen auf den Kursus 24 Schüler. Die niedrigste Schülerzahl war 18, die höchste 30. Das Durchschnittsalter betrug 34 Jahre, die durchschnittliche Verbandszugehörigkeit 11 Jahre. Von den 195 Teilnehmern waren aus den Filialen 154 und aus den Hauptstellen 41.

Mit Rücksicht auf die kurze Dauer der Kurse mußten wir uns bei der Auswahl des Lehrstoffes größte Beschränkung auferlegen. Mit Ausnahme der beiden Kurse auf der Comburg, wo sich die Lehrkräfte der dortigen Volkshochschule in dankenswerter Weise zur Verfügung stellten, wurden nur Verbandsangelegenheiten behandelt. Folgende fünf Vorträge bildeten die Grundlage für den Unterricht:

1. Unser Verband im Wandel der Zeiten. (Referent: Kollege Bah.)
2. Verfassung und Aufbau des Verbandes. (Referent: Kollege Mehrens.)
3. Die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Maler- und Lackierergewerbe. (Referent: Kollege Bah.)
4. Entstehung und Bedeutung unserer Verbandszeitschriften. (Referent: Kollege Mehrens.)
5. Organisation, Agitation und Verwaltung. (Referent der jeweilige Bezirksleiter.)

Im ersten Vortrag wurde ein kurzer geschichtlicher Überblick über die Entstehung und Entwicklung des Verbandes gegeben und an Hand dieser Entwicklung aufgezeigt, wie mit dem Verband selbst auch dessen Aufgaben gewachsen sind. — Der zweite Vortrag hatte das Verbandsstatut zum Unterrichtsgegenstand. Es wurde gründlich durchbesprochen und insbesondere die Bestimmungen in den Vordergrund gestellt, die einer besonderen Auslegung bedürftig sind. — Der dritte Vortrag behandelte die Entstehung und Entwicklung des Tarifvertrages im allgemeinen und für unsern Beruf im besonderen. Auch da wurden die strikten Bestimmungen der heute geltenden Verträge eingehend besprochen. — Der vierte Vortrag bezog sich auf die Bedeutung der Verbandsorgane und die Bedeutung unserer Verbandszeitschriften. Die Herstellung und Bedeutung unserer Verbandsorgane wurde entsprechend gewürdigt und an Hand von praktischen Beispielen gezeigt, wie sich die Mitarbeiter aus den Kollegenkreisen zu verhalten haben. — Wohl von größter praktischer Bedeutung war der Vortrag über Organisation, Agitation und Verwaltung. Die Be-

handlung dieses Stoffes war mit bewußter Absicht der jeweiligen Bezirksleiter übertragen, um so Gelegenheit zu geben, all die Schmerzen und Unstimmigkeiten, die im jahrelangen, jahraus in der Praxis ergehen, in das richtige Licht zu rücken. Die Funktionäre wurden mit allen Formularen innerhalb der Organisation bekanntgemacht, die zur glatteren Abwicklung des Verkehrs zwischen den Filialen und der Hauptverwaltung vorrätig gehalten werden. Es waren nicht wenige unserer Schüler, die dies zum ersten Male im vollen Umfange kennenlernten. Praktische Übungen, durch Herstellung einer Quartalsabrechnung, gaben diesem Vortrag noch besondere Bedeutung.

Es war also reichlich viel Arbeit zu leisten in diesen Tagen. Sie konnte auch nur bewältigt werden, weil die Voraussetzungen günstig waren. Schon dadurch, daß die Kurse in Heimen abgehalten wurden, war es möglich, die Zeit reiflos auszunutzen. Nicht nebensächlich war die gute Qualität der Schüler, und nicht zuletzt hat der Umstand, daß die Vorträge in Form von Arbeitsgemeinschaften durchgeführt wurden, zum guten Gelingen beigetragen. Unterkunft und Verpflegung waren je nach der Art der Kurse verschieden, aber überall so, daß niemand zu klagen hatte. Die Verpflegung war reichlich und gut und selbst auf der Comburg, wo wir mit den ständigen Schülern nach „modernen Ernährungsgrundsätzen“ verpflegt wurden, haben sich unsere Kollegen überraschend schnell mit dieser Ernährung abgefunden, und wer weiß, ob wir uns bei längerer Dauer dieser Kurse nicht doch noch zu Kohlküsten entwickelt hätten. In allen acht Heimen wurden wir mit besonderer Sorgfalt behandelt. Die Freiheit blieb allerdings nicht übrig, sie wurde aber in guten Sinne ausgenutzt. Mit Rücksicht auf die großen Kosten, die diese Kurse verursachen, mußte mit den Mitteln haushälterisch umgegangen werden. Die Entschädigungen, die gezahlt wurden, decken sich im allgemeinen mit denen anderer Verbände und waren mindestens nicht niedriger. Daß die sonst üblichen Diäten nicht in Frage kommen können, ist eine Selbstverständlichkeit.

Leider war es nicht möglich, alle Kollegen, die gemeldet hatten, an den Kursen teilnehmen zu lassen. Die Kurse haben aber sowohl beim Verbandsvorstand wie bei den Teilnehmern selbst derartig guten Anklang gefunden, daß wir für die Zukunft kaum darauf verzichten können und da es im Interesse des Verbandes nur vorteilhaft sein kann, möglichst viele Funktionäre auszubilden, werden diese Kurse bestimmt nicht die letzten des Verbandes gewesen sein. Hauptsache ist nur, daß der gute Wille, womit die Kurse getragen waren, draußen in der Praxis weiterwirkt, denn nur dann verlohnen sich Mühe und Kosten, die auf die Kurse verwendet wurden.

Nationalisierung, Arbeitslosigkeit und Arbeitszeit.

Der Bundesausschuß behandelte am 18. Februar sehr eingehend die Lage des Arbeitsmarktes und die dringende Notwendigkeit, Schritte zu unternehmen, die geeignet erscheinen, die Krise zu beheben. Kollege Spitz führte unter anderem aus, daß man den Einbruch zu vermeiden verstanden habe, nur die 250 Millionen, die der Reichsanstalt fehlen, hätten das Defizit des Reiches verursacht. Der Angriff auf die Arbeitslosenversicherung gelte ja nicht nur ihr, er gelte der Sozialversicherung überhaupt. Die Arbeitslosenversicherung sei nur als der jüngste Zweig der Sozialversicherung und nicht zuletzt aus dem Grunde, daß gerade sie einer willkürlichen Lohnpolitik der Unternehmer Grenzen ziehe, das „volkstümlichste“ Angriffsobjekt. Man wolle ihre „Reform“. Man unterschätze, was bereits durch die jüngste gesetzliche „Reform“ zuwege gebracht worden sei. Der Kreis der Versicherten sei erheblich eingengt worden. Vorgesehen sei schon im Gesetz die veränderte Unterstützungsgewährung an die unfähigen Beschäftigten und an die Heimarbeiter. Die neue Regelung des Begriffs „Arbeitslosigkeit“ bedeute jedenfalls eine erhebliche Einschränkung des Unterstützungskreises, ebenso die teilweise Verdoppelung der Anwartschaftszeit. Das gleiche gelte vom Ausschluß zahlreicher Kleinrentner aus der Unterstützung. Auch die Regelung für die Saisonarbeiter und für Rentenbezieher bedeute weitgehende Ersparnisse. Tatsächlich erscheine die bisherige Reform vielfach als eine unerträgliche Härte.

Ferdinand Freiligrath

Der Dichter der Märztage.

(In seinem Todestag am 18. März)

Unser Gedenken gilt heute dem „Dichter der Märztage 1848“, dem Sänger des revolutionären Bürgerturns und des erwachenden Proletariats, dem tragischen, unentwegten Kämpfer der zweiten deutschen Revolution.

Freiligrath, am 17. Juni 1810 als Sohn eines Schulmeisters in Detmold geboren, wurde nach Beendigung seiner Schulzeit Kaufmann und begann als Dichter mit einer erotischen Lyrik, die sich im besonderen durch eine farbenprächtige Bildhaftigkeit und durch die Intensität ihrer Sprachkraft auszeichnete. Als Angestellter eines großen Amsterdamer Handelshauses mit überreichem Erpöckverehr waren ihm Stoff und Einblick für seine äppige Poesie gegeben. Durch seine unvergleichliche Formgestaltung beeindruckt, ward man bald auf ihn aufmerksam. So kam es, daß ihm schon am Anfang seiner dichterischen Laufbahn durch die Vermittlung des Staatskanzlers von Metternich, des Freundes Goethes, ein Ehrenfeld von 200 Talern jährlich von der preussischen Regierung zur Verfügung gestellt wurde. Nunmehr gehörte unser Freiligrath wenn auch nicht zur hoffähigen, so doch zur heillosen Gesellschaft des Königs Friedrich Wilhelm III. Es ist begreiflich, daß ihm, dem einfachen Knecht aus dem Volke, das zwangvolle Zusammensein mit den Wirklichen Gehirnen Räten, Ministern und Hofdamen eine Belastung seines natürlichen Gefühls wurde und er sich danach sehnte, dieser bepuderten, seiden-

tauschender Atmosphäre und diesen verkalkten und vertrockneten Hirnen fern zu werden.

Die Politik des durch die Kleinstaaterei zerrissenen Deutschlands interessierte ihn damals wenig. „Politisch Lied“ ward ihm noch „ein garstig Lied“. Freiligrath hat seinen Einzug in die Politik selbst einmal in einer lakonischen kleinen Geschichte dargestellt, die auch so recht das Lakontum der Höfe charakterisierte. Er erzählt: „Als ich im einfachen schwarzen Frack ins Vorzimmer und in den Saal kam, wo ich lauter bestreifte, besternte Herren fand, sah ich, daß jeder zu mir herüberhielt, wer ich wohl sein möchte. Diesen und jenen kannte ich, man kannte meinen Namen, aber niemand sprach mit mir. Da kam der Erzherzog die Reihe entlang auch zu mir. — Kam war er fort, so drängte sich jedermann von dem Geheiß an mich, begrüßte mich, erinnerte sich meiner. An jenem Abend und in jener Stunde ward ich Demokrat.“ Von diesem Tage an dattiert auch eine wesentliche Veränderung in seinem dichterischen Schaffen. Von nun an wagte es Freiligrath, frei und offen als Demokrat und als freier Bürger zu erscheinen. Das bedeutete damals viel. Es gehörten Kühnheit und Bestimmung dazu. Jene Zeit und jene Revolution war ja ihrer gesellschaftlichen Entstehung nach etwas ganz anderes als etwa die Erhebung von 1918. Ein eigentliches Industrieproletariat war erst im Entstehen. Die Vorbereiter und Träger jener Märzkämpfe waren das liberal gesinnte, revolutionäre demokratische Bürgertum, das sich mit den Arbeitern verbündet hatte und den Traum einer geeinten reichsdeutschen schwarzrotgoldenen Republik im Herzen trug.

Im März 1848 erschien Freiligraths Gedichtsammlung „Ein Glaubensbekenntnis“. Man empfand, wie ernst, wie

aufrichtig er es mit der Sache des Volkes meinte. Dieses Buch war ein wirkliches Bekenntnis, das viele gleichgesinnte Stimmen zusammenband. Im Vorwort schrieb er: „Fest und unerschütterlich trete ich auf die Seite derer, die mit Hirn und Brust der Reaktion sich entgegenstemmen. Kein Leben mehr für mich ohne Freiheit! Wie die Luft dieses Büchleins und meine eigenen auch fallen mögen, so lange der Druck währt, unter dem ich mein Vaterland senken sehe, wird mein Herz bluten und sich empören. Sollen mein Mund und mein Arm nicht müde werden, zu Erbringung besserer Tage nach Kräften das ihre mitzuwirken! Mein Gesicht ist der Zukunft zugewandt!“

Doch schon damals, wie heute noch, durfte nichts ungestraft geschrieben und geredet werden. Die Wahrheit war stets eine unliebsame Göttin. Preussische Polizei und Zensur waren fortan hinter Freiligrath her. Als einer der gefährlichsten Hasser des Königtums nunmehr, wurde er verfolgt, bis er nach England floh und die Dichterstube mit dem Kontorchemel vertauschen mußte. Schon im Jahre 1845 war er in Brüssel mit Karl Marx zusammengetroffen, und es ist zweifelsohne, daß die herzliche Kameradschaft, die ihn mit diesem großen Theoretiker des Sozialismus verband, auch auf die Festigung seiner politischen Zielsetzung gewirkt hat. Hatte er immer noch geglaubt „auf einer höheren Warte“ — wie er sagt — gegen Krone und Reaktion kämpfen zu können, so wurde endlich das was sein mußte: Entscheidung, Loslösung von allem Geistigen, Parteinarbeit und sich nimmer schämen, Partei zu sein.

Als dann der Märzboden Deutschlands im Jahre 1848 aufbarst, kehrte Freiligrath aus England zurück und schloß

Die Ursachen der Finanznot der Reichsanhalt seien nicht in der Verschönerung, sondern die Krise des Arbeitsmarktes. Das müsse mit größtem Nachdruck festgestellt werden. Was man wolle, sei nicht die Reform der Arbeitslosenversicherung, sondern ihre Aufspaltung und Senkung der Leistungen. Dabin zielen auch Vordräge, wie die Aufstellung der Versicherung nach Berufsgruppen, besonders die Trennung von Arbeitern und Angestellten. Der Staat habe in kritischen Zeiten für die Arbeitslosen zu sorgen und könne aus dieser Haftung nicht lassen werden. Jede Verbindung der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung und der übrigen Zweige der Sozialversicherung müsse abgelehnt werden, ebenso die besondere Heranziehung der Beamten. Es gebe nur eine Lösung. Die Notzeit des Reiches fordere ein allgemeines Notopfer der Mehrverdiener. Sie bereite es für die Befreiung der Finanzen des Reiches, und nur dann können die Gewerkschaften auch zu Verbrauchssteuern eine andere Stellung einnehmen.

Weiter erörterte der Redner die Frage, ob es zweckmäßig sei, wie von verschiedenen Seiten angeregt worden sei, unter den gegenwärtigen Verhältnissen einseitig die 40-Stunden-Woche oder den Sebstundentag auszusprechen. Es sei natürlich sehr leicht, für diese Parolen Begründungen zu finden, aber es komme ja nicht darauf an, eine Politik der Schlagworte zu treiben.

In der Aussprache wurde geltend gemacht, daß eine feste Fassung der Forderung der Arbeitszeitverkürzung dringend wünschenswert sei. Internationale Kongresse seien mit gutem Beispiel vorangegangen. Man könnte den deutschen Gewerkschaften den Vorwurf machen, daß sie bei der wichtigsten Frage, die sich in den letzten Jahren der Entwicklung der Technik, aus den Verhältnissen dem Arbeitsmarkt ergeben, aus dem Wege gehen, indem sie diesen Anregungen nicht Folge leisten. Eine große Zahl berufsmäßig gelernter Arbeiter und Arbeiterinnen, zum Beispiel in der Bekleidungsindustrie, sei arbeitslos. Es gebe aus der Arbeitslosigkeit keinen andern Ausweg, als die radikale Verkürzung der Arbeitszeit. So, wie sich nun die Dinge entwickeln, müssen sie ausgeglichen werden durch eine Verkürzung der Arbeitszeit. Einige Verbände, für die die Verhältnisse einem solchen Versuch günstig sind, werden in kommende Tarifverhandlungen benützen, um die Verkürzung der Arbeitszeit zu fördern. Vor allem sei die Überzeugsarbeit entschlossen zu bekämpfen. Durch Fortsetzung in den Tarifverträgen und durch Einwirkung der Gewerbeaufsichtsbehörden muß der Bewilligung von Überstunden Einhalt geboten werden. Ferner wäre in früheren Betriebsabschlüssen am Wochenende anzustreben, in solchen Verhältnissen dürfte es nicht vorkommen, daß Schiedsprüche, die die Arbeitszeit auf 54 und 56 Stunden in der Woche verlängern, für verbindlich erklärt werden.

Nach Schluß der Aussprache wurde nachstehende Entschließung über die Arbeitslosenunterstützung angenommen:

Die anhaltende Krise des Arbeitsmarktes, durch die zur Zeit bereits rund 3 Millionen arbeitsfähige Menschen in Untätigkeit, ohne Hoffnung auf baldige Wiedereinstellung in den Produktionsprozeß, versetzt sind, gibt den Gewerkschaften erneut Veranlassung, Regierung und Parlament auf die stetig wachsende Notlage dieser Arbeitslosen und der gesamten Arbeiterschaft hinzuweisen. Alle Bemühungen der Gewerkschaften, auf eine planmäßige öffentliche Arbeitsbeschaffung hinzuwirken, sind bisher, mit zuletz infolge der verfehlten Finanz- und Anleihepolitik des Reiches, erfolglos geblieben. Das völlige Versagen des Baumarcktes, der Ausfall der Notstandsarbeiten sind Ergebnisse dieser von den Gewerkschaften kämpften Politik.

Auf der andern Seite versucht das Unternehmertum durch Bekämpfung der Sozialpolitik und planmäßige Verlagerung der unvermeidlichen sozialen Ausgaben die gesamten Lasten der Arbeitslosigkeit einseitig auf die Schultern der Arbeitnehmer abzuwälzen. Mit der Zerlegung der Arbeitslosenversicherung soll der erstrebte Ausbau der Löhne wirksam unterstügt werden.

In dieser Lage erneuern die Gewerkschaften mit um größerem Nachdruck ihr Bekenntnis zur Notwendigkeit einer umfassenden Sozialpolitik, durch die die Opfer der Wirtschaftskrise bis zum Eintritt einer Besserung der gesamten Wirtschaftslage ausreichend erhalten werden. Die

erte als Mitredakteur der von Karl Marx begründeten „Neuen Rheinischen Zeitung“ seine flammenden Reden ins dunkelste, verstockte Preußen. Seine Gedichte lenkten wie Junder in die Massen, beschleunigten ihre Erregung, waren Signal und Aufmunterung.

Der Ausgang dieser Kampfstage ist bekannt. Die Republik, die so viele Herzen und Hirne ersehnten, blieb ein Traum. Es ruhten erst noch Jahre der Erniedrigung mit immer größerer Verknechtung des Proletariats kommen, ehe das Tor der Freiheit den Kühnsten und Tapfersten öffnete wurde. So ward den Aufständigen nur der Triumph, daß man den König zwingen konnte, vor den aufbegehrenden Barrikadenkämpfern den Hut zu ziehen; ein symbolisches Ereignis, das in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung mit Stolz und Genugtuung genannt werden darf!

Freiligraths Gedicht „Die Toten an die Lebenden“ zeugt in die Ewigkeit für diesen geschichtlichen Tag.

Am 9. August 1848 darob verhaftet, angeklagt, die Bürger gegen die landesherrliche Macht aufgeregter zu haben, stand Freiligrath am 3. Oktober des gleichen Jahres vor dem Düsseldorf'schen Schwurgericht und wurde, unter Anwesenheit der anwesenden Freunde, freigesprochen. Im Jahre 1851 schrieb er das Gedicht: „Die Revolution“, vielleicht das größte, dramatischste politische Gedicht aller Zeiten. Als Achtundfünfzigjähriger aus England heimgekehrt, nahm er wieder Wohnung in Süddeutschland, in Stuttgart und Cannstadt. In dem grünen Ledersessel, in dem Goethe gestorben war, starb auch Freiligrath. Die Glocken läuteten am 18. März 1876. Walthar G. Oschilewski.

Acht! Vorsicht! Müdheit!

Nicht nur in der Maschine lauert Gefahr, auch in dir selbst ist sie begründet!



Bestell-Nr. — 161 — der Unfallverhütungsbild O. m. b. H. Berlin W. 9. beim Verband der Deutschen Berufsvereinigungen

Wer monatelang, womöglich jahrelang an einer gefährlichen Maschine beschäftigt ist, wird mit ihr derart vertraut, daß er auf die Gefahren nicht mehr achtet. Das ist an sich menschlich durchaus verständlich. Aber in dieser Gewöhnung an die Gefahr liegt eine sehr wichtige Unfallursache begründet.

Deine Maschine ist heute noch genau so gefährlich wie am ersten Tage, als du vor ihr standest und als sie dir vielleicht einen heillosen Schrecken einjagte. Laß diesen Eindruck durch die Gewöhnung nicht ganz verlieren und laß nicht nach in deiner Aufmerksamkeit auf die Gefahren! Auch die kleinste Ablenkung deiner Aufmerksamkeit kann schwerste Folgen nach sich ziehen. Es braucht nicht immer ein anderer daran Schuld zu sein, auch wenn ohne Zutun eines andern deine Gedanken von der Arbeit abzuweichen, kann dich eine Sekunde oder auch nur der Bruchteil einer Sekunde, in der du nicht voll bei der Arbeit bist, deine gesunden Glieder kosten! Lieber die Jahre zusammengebissen und freiwillig mit voller Aufmerksamkeit bei der Sache sein, als nachher im Krankenhause Wochen- und Monatslang über die Ursache deines Unfalles nachdenken müssen!

uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Ausmaßes und der Lebensfähigkeit der gesamten deutschen Sozialversicherung ist das wichtigste Gebot der Gegenwart, für dessen Erfüllung die Arbeiterschaft sich bisher schon und auch weiterhin zur Übernahme der erforderlichen Beiträge solidarisch bereit erklärt hat. Darüber hinaus kann aber in Zeiten ungewöhnlicher Arbeitslosigkeit auf die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel um so weniger verzichtet werden, als die heutige Lage der Arbeitslosenversicherung durch die Verhinderung rechtzeitiger Beitragserhöhung von den bürgerlichen Parteien bewußt herbeigeführt ist.

Das Reich hat die Verpflichtung, den allein auf ihrer Hände Arbeit Angewiesenen in Zeiten höchster wirtschaftlicher Not beizustehen. Diese Verpflichtung abzuwälzen auf die aus Beiträgen aufgesammelten Rücklagen anderer Versicherungsträger weist der Bundesauschuss mit aller Entschiedenheit zurück. Weder eine Gefahrengemeinschaft, noch der darlehnsweise Zugriff auf die Mittel der Invaliden- und Angeestelltenversicherung kann für eine Lösung der Finanzkrise des Reiches in Frage kommen. Eine solche Abwälzung der Verpflichtung des Reiches würde nur die Leistungen und Aufgaben dieser Versicherungsträger in Gefahr bringen, die Verwendung der Rücklagen zur Förderung des Wohnungsbaues unterbinden und damit die Arbeitslosigkeit wieder weiter steigern. Daher muß aufs schärfste jede derartige Lösung abgelehnt werden, die zugleich neue unerfüllbare Verpflichtungen und neue Bedrohungen für die Arbeitslosenversicherung schaffen würde.

Die Herabsetzung der für Notstandsarbeiten im Reichsetat bereitzustellenden Mittel muß entschieden abgelehnt werden. Es wird im Gegenteil verlangt, daß im Reichsetat Vorzüge getroffen wird, um die im letzten Jahre eingeschränkten Notstandsarbeiten entsprechend dem Umfang der Arbeitslosigkeit auszubauen.

Die Solidarität der Arbeiterschaft erfordert aber weiterhin auch Vermeidung jeglicher Ueberzeugsarbeit, die notwendig zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit beitragen muß. Alle Verbandsvorstände wie auch die Arbeiter in den Betrieben sollen daher der Ueberarbeit, die heute mehr denn je unerwünscht ist, den schärfsten Widerstand entgegensetzen.

Der Bundesvorstand bezeichnet es darüber hinaus als das der gesamten Entwicklung der Wirtschaft und der Technik sich notwendig ergebende Ziel, die Arbeiterschaft gegen nachteilige Folgen der Rationalisierung und Mechanisierung und zugleich vor den steigenden gesundheitlichen Gefahren zu schützen. Dieses Ziel muß insbesondere durch eine der erhöhten Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates und der gesteigerten Leistung der Arbeiter entsprechend allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden.

Es ist auf die Dauer unerträglich, daß die Schlichtungsinstanzen auf die aus der Rationalisierung sich ergebende

Steigerung der Arbeitsintensität in ihren Schiedsprüchen keinerlei Rücksicht nehmen, weder durch Erhöhung der Löhne noch durch Verminderung der Arbeitszeit. Wenn sich die Rationalisierung als ein Fortschritt auswirken soll, dann ist eine andere Grundeinstellung der Schlichtungsbehörden unbedingt erforderlich.

Angesichts der Tatsache, daß sich die Rationalisierung bisher vornehmlich in einer Freisetzung von Arbeitskräften ausgewirkt hat, ohne daß durch eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Senkung der Preise neue Kaufkraft geschaffen worden wäre, fordert der Bundesauschuss erneut eine schärfere Kontrolle der Kartelle und Monopolbetriebe und Ueberwachung der Preisgestaltung.

Die Schulwertigkeit im Bildungsverlauf der Malerlehrlinge

Von Karl Belz, Gewerbeoberlehrer.

Daß die werktätige Jugend neben der Meisterlehre ergänzend der schulischen Ausbildung bedarf, wird heute wohl allgemein anerkannt. Jedoch bilden Art und Maß des Berufsschulunterrichtes immer noch Gegenstand ernster und gegensätzlicher Debatten. Man hat zwar eingesehen, daß die wirtschaftliche Brauchbarkeit eines Gesellen davon abhängt, daß er nicht nur lediglich Kenntnis der von ihm geforderten Arbeitsleistung besitzt, sondern daß die theoretische Fundierung der Kenntnisse zu den notwendigen Voraussetzungen rationaler Betriebsführung zu rechnen ist. Arbeitssteigerung, Mechanisierung der Arbeitsmittel, Spezialistentum bringen es mit sich, daß der Lehrling nur in den seltensten Fällen seinen Beruf in der Meisterlehre zu erleben, geschweige zu erlernen Gelegenheit findet. Dieser Mangel kann nur beseitigt werden, wenn innerhalb des Berufsschulunterrichtes ein Schulwerkstattunterricht eingegliedert wird, der diese eben gekennzeichneten Lücken der Meisterlehre systematisch ausfüllt. In der Meisterlehre bleibt der Lehrverlauf zum großen Teil dem Zufall, den Besonderheiten des Betriebes und den Konjunkturschwankungen überlassen. System und Methode aber sind notwendige Mittel der Rationalisierung. Wenn man aber Rationalisierung des Betriebes erstrebt, darf man den Lehr- und Lernverlauf als Teil des gewerblichen Betriebes nicht von diesem Grundsatze ausschließen. Hier zieht der traditionsgebundene Handwerker nicht scharf genug die Konsequenzen. Die Industrie jedenfalls weiß, daß sie nur einen gut geschulten Arbeiter in den rationalisierten Arbeitsverlauf einbringen kann; sie richtet Werkstätten und Schulwerkstätten ein. Hingegen fürchtet vielfach das Handwerk, daß die Berufsschule mit der Einrichtung von Schulwerkstätten in den Geltungsbereich des Handwerkes eindringe. Solche Befürchtungen äußert Dr. Spitz, Syndikus der Handwerkskammer in Wiesbaden, in einem Artikel „Handwerk und Schule“ in der „Südwestdeutschen Handwerker- und Gewerbezeitung“. Er befürchtet, daß durch die Forderung der Schulwerkstatt die Zusammenarbeit zwischen Berufsschule und Handwerk erschwert werden könne. Demgegenüber muß betont werden, daß Meisterlehre und Berufsschule keine Konkurrenzunternehmen darstellen. So lange es noch Meister gibt, die die Bedeutung der Berufsschule in Frage stellen, wird es auch Meister geben, die den Lehrwerkstätten feindlich gegenüberstehen. Gewiß ist manche Berufsschule, besonders in kleinen Städten und auf dem Lande, soweit sie in einer Klasse noch mehrere Berufe beherbergt, kein Ideal, aber diesem Mangel wäre durch weiteren Ausbau dieser Zwerghschulen zu Kreis- oder Verbandsschulen abzuwehren. Innerhalb dieses Aufbaues stellt aber die Werkstatt die logische Konsequenz des Berufsschulgedankens dar, der aus der wirtschaftlichen Strukturveränderung unserer Zeit und den psychologisch-pädagogischen Erkenntnissen der Jugendforschung erwachsen ist. Diese Forschungsergebnisse haben aber die Idee der Arbeitsschule gezeitigt, weil man erkannte, daß die praktische Veranlagung und der praktische Betätigungsdrang des Jugendlichen ihm gemäße Bildungsmittel verlangt. So erkannte man, daß die manuelle Tätigkeit neben der rein verstandesmäßig theoretischen als mindestens gleichberechtigtes Bildungsmittel anzusprechen ist. Wenn man von Jugendlichen aus die Unterrichtsmethode formen will, muß man berücksichtigen, daß er induktiv und nicht deduktiv denkt, erkennt und somit lernt. Die daraus erwachsenden Konsequenzen sind in fast allen allgemeinbildenden Schulen gebührend berücksichtigt, nur noch nicht im vollen Umfang in der Berufsschule, die doch besonders berufen wäre, das „nur Maul brauchen“ — um mit Pestalozzi zu sprechen — durch einen Unterricht der Tat abzulösen.

Die Betriebswirtschaftslehre und die daraus erwachsende Rationalisierung der Betriebsführung kann also nicht an der Ausbildungsfrage der Arbeitskräfte vorbeigehen. Die Arbeitssteigerung und die Mechanisierung im Handwerk und in der Industrie haben nicht in dem Maße, wie man ursprünglich annahm, dazu geführt, die Zahl der gelernten Arbeiter zuunehmen der ungelerten zu verringern. Als Beispiel sei der Lackiererberuf angeführt. Durch die Einführung der Spritzmaschine hoffte der Arbeitgeber beziehungsweise fürchtete der Arbeitnehmer, daß die Zahl der ungelerten Arbeiter übermäßig wachsen würde. Aber schon jetzt hat die Industrie eingesehen, daß der Umgang mit der Spritzpistole, ihre Handhabung, Reinigung und Instandhaltung rational nur von einem hierin zumindes angelehnten Lackierer gehandhabt werden kann, der Funktions- und Wirkungsweise nicht nur kennt, sondern auch versteht. In der Fachpresse wird sogar empfohlen, vor Anlernen eines solchen Spritzlackierers eine entsprechende Eignungsprüfung stattfinden zu lassen. Gerade an diesem Beispiel läßt sich erkennen, was fast allgemein Geltung hat, daß die Handhabung des mechanischen Werkzeuges oder der Arbeitsmaschine nicht nur durch Uebung erreicht werden kann, sondern auch theoretisch erlernt werden muß. Diese theoretische Erkenntnis bleibt aber so lange unfruchtbar, wie sie nicht durch praktische Anschauung und Anwendung begründet und abgefestigt werden kann. So ergibt sich die Schulwerkstatt als Lehrmittel und gleichzeitig als Lernmittel; Lehrmittel insofern, als in ihr die einzig umfassende Veranschaulichungsmöglichkeit liegt, als Lernmittel, da nur in ihr wirklichkeitsgetreue Versuche und Anwendungen durch den

Behrllng ausgeführt werden können. Wenn man zudem bedenkt, daß gerade der Handwerks- und Industrielehrling viel mehr auf Grund praktischer Erfahrungen als durch theoretische Beschreibung und Darstellung, dank seiner besonderen psychologischen Veranlagung, lernt, ist die Bedeutung der Schulwerkstatt schon genügend erwiesen, und zwar als Schlüsselstein im Lehr- und Lernverlauf, wie er in der heutigen Berufsschulidee liegt, ohne die Bedeutung und den Aufgabenbereich der Meisterlehre zu beeinträchtigen. Aus dem Gesagten ergibt sich ohne weiteres, daß die Schulwerkstatt nur in Fortbildungskursen und nicht im regulären Berufsschulunterricht lediglich Ausbildungswerkstatt mit dem Ziel der Fertigkeit allein sein kann und darf. Was im Hinweis auf das mechanische Werkzeug (beispielsweise Spritzpistole) gesagt worden ist, gilt für den gesamten Fachunterricht, ja auch für das Fachzeichnen. Die Fachkunde der Maler hat größtenteils die Aufgabe, physikalische und chemische Voraussetzungen und Gesetzmäßigkeiten, wie sie im Arbeitsverlauf, in den Untergründen, in den Farbstoffen und den Bindemitteln gegeben sind, zu ergründen und durch Versuche zu veranschaulichen. Das bleibt aber so lange reines Wortwissen, wie wir nicht in der Versuchswerkstatt die Möglichkeit haben, ein der Wirklichkeit möglichst getreues Surrogat zu besitzen. Wo könnte man anders Farbstoffe und Bindemittel bezüglich ihrer verschiedensten Eigenschaften und gegenseitigen Verhaltensweisen besser prüfen und erkennen als in einer Schulwerkstatt? Verantwortungsbewußte Eigenbetätigung und Beobachtung auf diesem Gebiete bleibt den meisten Lehrlingen vorenthalten, da sie ihnen die Meisterlehre selbst in den günstigsten Fällen nicht bieten kann. Der heute notgedrungen überwiegend wirtschaftlich orientierte Meister würde, wenn er solche Erkenntnisse dem Lehrling vermitteln wollte — falls er überhaupt dazu die Fähigkeiten besitzt — den wirtschaftlichen Arbeitserfolg vielfach einer Gefährdung aussetzen und ein nicht unbedeutendes Maß an Zeit und Material oft opfern müssen, wenn er von seinem Grundlag abgibt, den Lehrling lediglich Teilfunktionen ausführen zu lassen, deren Erfolg nicht in Frage steht. War bisher der Zeichenunterricht fast ausschließlich der einzige Teil des Unterrichts, der einigermaßen der manuellen Veranlagung des Lehrlings gerecht wurde, so kann auch dieser Unterricht nicht der Ausgestaltung durch den Werkstattunterricht entzogen werden, denn auch die Zeichnung, Skizze und Ausführung, wie sie bislang fast allgemein unterrichtsüblich war, bleibt lediglich „Wissen“ und dringt nicht zur Tat vor. Wirklichkeitsgetreuer Zeichenunterricht, der sich zur form- und werkskundlichen Gestaltung entwickeln soll, kann nicht auf dem Papier zur Ausführung gelangen. Die einzige Möglichkeit werkgerechter Gestaltung birgt die Schulwerkstatt in sich, deren Wände und Decken die verschiedenen Untergründe: Holz, Kalk-, Zement-, Gipsputz und dergleichen aufweisen und dadurch entsprechende Techniken bedingen, die wiederum Form- und Farbmöglichkeiten als an das Werk gebundene erkennen lassen. Der ornamentale Zeichenunterricht, soweit er ohne die notwendige Bindung an das Werk, den Werkstoff, das Werkzeug und die Technik betrieben wurde, hat zur Genüge gezeigt, wohin eine Ausbildung führt, die im Theoretischen stecken bleibt. Hier hat die Schulwerkstatt eine wesentlich andere Aufgabe, als bisher betont wurde. So fällt ihr darüber hinaus bezüglich des Zeichenunterrichtes die Aufgabe zu, Voraussetzungen für einen werksrechten und wirklichkeitsnahen, gestaltungskundlichen Unterricht zu schaffen, im Gegensatz zu dem bisher nur allzuoft anzutreffenden „papierernen“ ornamentalen Zeichen- und Entwurfsunterricht. Wir dürfen an dieser Stelle nicht vergeßen, daß die Berufsschule die Bildungstätte der praktisch Werkstätigen ist, im Gegensatz zu denjenigen wirtschaftlich Tätigen, die Arbeit planen, entwerfen oder organisieren. Wenn man heute, der Geschmacksentwicklung Rechnung tragend, das Raumproblem vor das Schmuckproblem stellt, so gehört der Raum auch in den Mittelpunkt des gesamten Fachunterrichtes, einschließlich des Fachzeichnens. Nur am und im realen Raum, das heißt in einem Falle in dem entsprechend eingerichteten Unterrichtsraum — der Schulwerkstatt, vermag der Lehrer die Niedrigstellung des Raumproblems zu veranschaulichen und der Schüler dieselbe selbstständig zu ergründen und zu erkennen. Wenn die Lehre im Verein mit der Berufsschule und der Schulwerkstatt dem Jugendlichen das Maß technischen Könnens vermittelt hat, das zu seiner wirtschaftlichen Brauchbarkeit erforderlich ist, hat sie noch nicht ihre Gesamtanfrage gelöst, denn jeder Beruf ist Dienst an der Gemeinschaft. Gerade in unserm technischen Zeitalter mit seiner Zwangsläufigkeit des wirtschaftlichen Geschehens kann und darf die Berufsausbildung des Nachwuchses nicht an der erzieherischen Aufgabe vorbeigehen, deren Ziel die Verwirklichung des wirtschaftlich technischen Menschentyps sein muß. Hier in der Schulwerkstatt, die nicht von der Wirtschaftlichkeit, sondern von den Forderungen, die im Menschen- als Einzel- und Gesellschaftswesen liegen, orientiert ist, finden wir die Stätte, wo Erziehung zur Gemeinschaft, zu Verantwortlichkeit, Berufstreue und Werksgeinnung durch die Tat betrieben werden kann. Auch den angeleiteten Arbeitern kann hier in der Schulwerkstatt das rechte Verhältnis zu ihrer Arbeit und das Werksbewußtsein erlebbar werden. Wenn auch so die Werkstatt — Lehrwerkstatt im Verein mit der Schulwerkstatt — wieder, wie einst in der mittelalterlichen Blütezeit des Handwerks, in den Zentralpunkt der Berufsausbildung rückt, so bleiben die Forderungen bezüglich der Berechtigung, Bedeutung und Notwendigkeit der theoretischen Seite der Berufsausbildung durchaus bestehen. Eine Einschränkung nach dieser Seite hin würde zugunsten der Schulwerkstatt durchaus bedenklich sein. Gerade weil die praktische Struktur des Lehrlings nach der Seite der Praxis liegt, darf auf eine theoretische Schulung im Sinne einer ergänzenden Ergänzung durch intellektuelle Bildung nicht verzichtet werden. Beiläufig braucht nur erwähnt zu werden, daß die Schulwerkstatt für die Belebung und Durchführung von fortbildenden Lehrgängen für Gesellen und Meister ebenso wie für die Gestaltung der Gesellen- und Meisterkurse von durchaus fördernder Bedeutung sein kann und muß. Darüber hinaus liegen sich im Hinblick auf die Schulwerkstatt bei einschlägiger Mitarbeit der Lehrlinge Materialprüfungsstellen einzurichten, die gerade heute, wo täglich eine Fülle neuer Erfindungen auf dem Markt erscheint, von nicht zu unter-

schätzendem Nutzen sein würden. Wenn in diesem Sinne sich alle beteiligten Kräfte für die Ausgestaltung der Berufsausbildung einsetzen, so daß Berufsausbildung nicht gleichbedeutend wird mit Abstraktion zu wirtschaftlicher Brauchbarkeit, dann kann eine Zunahme der Achtung des Menschen vor der Handarbeit und der Handarbeiterklasse nicht mehr zweifelhaft sein.

Reichskonferenz der Arbeiter der Autoindustrie.

Seit dem Beginn des Jahres 1929 mehrten sich in der deutschen Autoindustrie die Anzeichen des Konjunkturfalles. Die Autoindustriellen glaubten die Ursachen in dem Fehlen der seit 1929 in Wegfall gekommenen Hochschutzzölle suchen zu müssen, weil angeblich ohne diese Zölle der deutsche Markt der Auslandskonkurrenz ausgeliefert wäre. Man fordert daher von der Regierung einen neuen Hochschutzzoll, der praktisch die Abdrosselung der Auslandskonkurrenz bedeuten müßte. Aus der Bedeutung, die die Autoindustrie für das gesamte Wirtschaftsleben hat, glaubt man einen Anspruch auf einen immerwährenden Hochschutzzoll erheben zu können. Tatsächlich aber ist es so, daß der seit 1925 der deutschen Autoindustrie zuliebe geschaffene Hochschutzzoll als sogenannter Erziehungszoll der deutschen Autoindustrie die Atempause geben sollte, die sie gebrauchte, um sich technisch dem Stande des Auslandes anzupassen.

Das angestrebte Ziel ist nur zum Teil erreicht worden. Die allgemeine Wirtschaftsdpression, das immer noch viel zu umfangreiche Produktionsprogramm, beschwert durch eine Anzahl nicht marktgängiger Typen, die Versäumnis auf dem technischen Gebiet und nicht zuletzt die viel zu hohe Zahl minderleistungsfähiger kleinerer Autofabriken haben schließlich im Herbst des Jahres 1929 unter Mitwirkung der nun zu normalen Zöllen auf dem deutschen Automarkt konkurrierenden Auslandindustrie eine äußerst bedrückte Lage für die deutsche Autoindustrie geschaffen.

Es entspricht dem Wesen kapitalistischer Produktionsweise und ihrer Wirtschaftsführung, daß Krisenercheinungen sich nicht sofort in der Profitrate der Betriebe, sondern in zunehmender Arbeitslosigkeit der diesen Industrien zugehörenden Arbeitergruppen auswirken. Seit dem Sommer des Vorjahres ist die Zahl der aus den Betrieben der Autoindustrie auscheidenden Arbeiter ständig im Wachstum begriffen. Gegenwärtig zeigen sich in einigen Betrieben die ersten Anzeichen zu einer leichten Steigerung des Beschäftigungsgrades.

Die in der Autoindustrie vertretenen gewerkschaftlichen Organisationen hielten den Zeitpunkt für gekommen, ihren Funktionären Gelegenheit zu geben, in einer allgemeinen Reichskonferenz zu den Problemen in der Autoindustrie Stellung zu nehmen. Etwa 140 Funktionäre, darunter auch 19 Kollegen unseres Verbandes, waren am 23. Februar in Frankfurt am Main zusammengekommen. Das Hauptreferat über „Die Lage in der Autoindustrie“ hielt der Kollege Meß vom D.M.V. Ueberzeugend wies er nach, daß die gegenwärtigen Krisenercheinungen in der Autoindustrie fast ausschließlich auf das Versagen der Industrie selbst zurückzuführen seien. Die Deutsche Autoindustrie der Vorkriegszeit habe durch ihre Qualitätsarbeiten einen guten Ruf. Die einleitend angeführten Gründe haben im Laufe der Zeit die Zustände entstehen lassen, die heute dringend der Aenderung bedürfen. Zu den gegenwärtigen Forderungen der Autoindustrie und der beabsichtigten europäischen Kontingentierung im einzelnen Stellung nehmend, kam Meß zu dem Schluß, daß die deutsche Industrie gar keinen Anlaß hätte, sich vor der Konkurrenz zu fürchten. Eine gut geschulte Arbeiterschaft steht ihr zur Verfügung. Allerdings muß man der Produktion durch bessere Entlohnung und bessere Arbeitsleistungen Plan und Sinn geben. Die Arbeiterschaft, die daran interessiert ist, die Autoindustrie auch weltwirtschaftlich stark zu sehen, wird auf eine planvolle Gestaltung der Produktion hinwirken. Der Weg zum Aufstieg, zur besseren Existenz und zur höheren Kultur ist nur auf diesem Wege zu finden. Die harte Stunde aber verlangt auch von uns strengste Disziplin und organisatorische Stärkung.

Die Ansprache, in der eine große Anzahl von Betriebsräten das Wort nahm, zeigte nicht nur von reicher Erfahrung, sondern auch von höchstem Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Belegschaften und der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Das Ergebnis der siebenstündigen Tagung fand seinen Niederschlag in folgender Entschlieung:

Die am 23. Februar 1930 in Frankfurt am Main tagende Konferenz der Automobilarbeiter, die rund 100 000 in der deutschen Autoindustrie Beschäftigte vertritt, fordert die Vorstände der beteiligten freien Gewerkschaften auf, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um die in der schwersten Krisenzeit hart bedrückte Existenz der Kollegen zu stützen und zu fördern. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Belebung und Hebung des Geschäftes innerhalb dieses wichtigen Industriezweiges ist die Rückkehr zur Qualitätssarbeit und angemessenem Preis. Dieser in der Inflationszeit stark vernachlässigte Faktor muß heute mehr denn je gepflegt werden.

Die Konferenz betrachtet die von der Autoindustrie geforderten Hochschutzzölle aus einer Reihe von Gründen als ungeeignetes Mittel zur Erreichung des erwähnten Zieles. Hochschutzzölle und Monopolstellung liegen eng beieinander. Monopole wirken jedoch in der Regel konservativ auf Preisgestaltung und Fortschritt. Ein äußerst hoher Zollschutz bedeutet Gefahr für die Preisabbaubewegung, die erfreulicherweise die verhältnismäßig rasche Zunahme des deutschen Automobilbestandes erst ermöglichte. Deutschland benötigt im Interesse der Produktion in erster Linie das billige Auto. Aus volkswirtschaftlichen Erwägungen lehnt deshalb die Konferenz jeden Hochschutzzoll ab. Die angestrebte Kontingentierung der europäischen Autoindustrie müssen die Vorstände der beteiligten freien Gewerkschaften ebenfalls aufmerksam beachten und zur gegebenen Zeit die notwendigen Maßnahmen im Interesse aller in der Autoindustrie Beschäftigten treffen.

Im Vorhinein der Ausforche waren die Vornahme im Opelwerk Rüsselsheim oftmals Veranlassung zur Ablehnung

der passivistischen kommunistischen Methoden, die der Arbeiterschaft mehr schaden als nützen. Die Reichskonferenz hielt es für geboten, durch eine Willenserklärung sich deutlich von diesen Schwäbungen der Arbeiterbewegung abzurücken und nach gegen zwei Stimmen folgende Entschlieung an:

Die Reichskonferenz der deutschen Automobilarbeiter nimmt Bezug auf die Vorgänge vom 12. Februar 1930 in den Opelwerken Rüsselsheim. Sie verurteilt auf die Entschiedenste die von unverantwortlichen kommunistischen Elementen heraufbeschworenen Machinations- und Gewalttätigkeiten. Der auf höheren Befehl Moskau durch das Zentralkomitee der K.P.D. inszenierte Betriebsputschismus ist kein Kampf gegen die Mächte des Kapitalismus, sondern eine niederträchtige Aktion, die geeignet ist, der Reaktion und dem Faschismus die Wege zu ebnen.

Die Konferenz, die die übergroße Mehrzahl aller in der deutschen Autoindustrie Beschäftigten vertritt, spricht daher ihre Entrüstung gegen diese arbeiterschädigenden Handlungen aus und sieht nach wie vor die vornehmste Vertretung ihrer Interessen in den freien Gewerkschaften.

Die erste Reichskonferenz der Lackierer in der Autoindustrie.

Wiederholt ist gelegentlich der Lackiererkonferenzen der Wunsch geäußert worden, neben den allgemeinen, die Branchen umfassenden Lackiererkonferenzen auch besondere Zusammenkünfte der einzelnen größeren Branchen zu ermöglichen. Organisatorische, vornehmlich aber berufliche Verhältnisse haben den Vorstand unseres Verbandes veranlaßt, im Laufe dieses Jahres der Frage der Abhaltung besonderer Branchenkonzferenzen näherzutreten. Eine vom D.M.V. einberufene Konferenz für die Autoindustrie mit den Absichten unseres Vorstandes zusammenzufassen, hielt es der Vorstand für gegeben, eine Reichskonferenz der Lackierer der Autoindustrie mit der allgemeinen Reichskonferenz zu verbinden, und betief zum 22. Februar nach Frankfurt am Main die erste Reichskonferenz der Lackierer in der Autoindustrie ein. An den führenden Betrieben der Autoindustrie waren an allen Teilen des Reiches 16 Kollegen als Delegierte erschienen. Außerdem nahmen an der Konferenz teil: der Vorsitzende unseres Verbandes, Kollege B a g, der Reichssekretär der Lackierer, Kollege S c h w a b e, der Bezirksleiter, Kollege A u t h, und als Gäste vier Kollegen der Füllverwaltung Frankfurt a. M. und Mannheim. Der Kollege B a g begrüßte die erschienenen Delegierten im Namen des Hauptvorstandes und wies auf die besondere Bedeutung dieser Konferenz als der ersten ihrer Art hin. Er stellte in Aussicht, daß auch für die andern wesentlichen Lackierbranchen ähnliche Konferenzen stattfinden werden. In kurzen Sätzen gab er einen Ueberblick über die vorstehende geschilderte Lage in der Autoindustrie und sprach den Wunsch aus, daß die Konferenz die in sie gesetzte Erwartung erfüllen möge. Diesem Wunsche schloß sich der Vorsitzende der Füllverwaltung Frankfurt a. M., der Kollege H a i n, in seinen Begrüßungsworten an die Delegierten an.

Die Tagesordnung lautete: 1. Die Lage der Lackierer in der Autoindustrie; 2. Agitation und Organisation. Zum ersten Punkt berichtete der Kollege S c h w a b e über die Ergebnisse zweier Umfragen, die von unserer Organisation und dem D.M.V. veranstaltet waren, und ein sehr treffendes Bild der gegenwärtigen Verhältnisse gaben. Zu dem aber gab er einen Ueberblick über die gegenwärtigen Verhältnisse in der Autoindustrie.

Durch unsere Umfrage wurden 27 Betriebe mit 28 498 Beschäftigten, davon 1718 Lackierer, das sind 6 % der Beschäftigten erfaßt. Fünf Betriebe haben keinen Fragebogen eingeschickt, fünf andere haben inzwischen ihre Porten schließen müssen. Eine Gegenüberstellung der Zahl der Beschäftigten mit der in den gleichen Betrieben im Jahre 1928 Beschäftigten ergab eine Zunahme von 56 %. Abschaffungen und die immer mehr einsetzende Fließ- und Bandarbeit haben zur Arbeitsverminderung stark beigetragen. Von den 27 Betrieben haben schon 11 Betriebe mit 72,2 % der Beschäftigten die Arbeit am laufenden Band eingeführt. Die Spritzlackierung besteht in 24 Betrieben mit 93,3 % der Beschäftigten und hat damit unsere schlimmsten Befürchtungen noch übertroffen. Es gibt heute keinen Betrieb der Autoindustrie, der nicht aus Gründen der Leistungssteigerung die Spritzlackierung eingeführt hätte. Die drei Betriebe mit nur 6,7 % der Beschäftigten werden bald dem Beispiel der andern folgen müssen, wenn sie sich nicht zur Aufgabe ihrer Existenz gezwungen sehen wollen. Nicht nur die deutsche Konkurrenz, sondern auch die des Auslandes zwingt dazu. Die durch die Umfrage erfaßten neun Zweigunternehmungen ausländischer Fabriken beschäftigen heute schon 15 % aller in der Automobilindustrie tätigen Arbeiter und 22,10 % der Lackierer. Am Abschluß auf dem deutschen Markt sind diese Betriebe mit 38,5 % des gesamten Umsatzes beteiligt.

Nach den Angaben des Reichsverbandes der Deutschen Autoindustrie waren 1925 rund 81 000 Personen in dieser Industrie beschäftigt. 1927 sollen es 73 000, im Jahre 1928 rund 79 000 und 1929 annähernd 90 000 einschließlich der Angestellten gewesen sein. Nach den Untersuchungen des D.M.V. können aber für 1929 nur rund 50 000 Beschäftigte in Frage kommen. Diese Feststellung ist deshalb wichtig, weil der Reichsverband der Deutschen Autoindustrie die viel zu hoch angenommene Zahl der Beschäftigten als Grundlage für die Feststellung der Durchschnittsleistung pro Arbeiter nimmt. Seine so nachgewiesene Leistungssteigerung von 100 im Jahre 1913 auf 252 im Jahre 1925 und 503 im Jahre 1928 oder 310 Wagen pro 100 Arbeiter und Jahr, ist somit falsch, da nach der wirklich vorhandenen Zahl von rund 50 000 Beschäftigten die Jahresleistung pro 100 Arbeiter nicht 310, sondern 430 Wagen beträgt. Damit fällt auch der vom Reichsverband der Deutschen Autoindustrie errechnete Lohnanteil von 20,7 % am fertigen Produkt in sich zusammen, und erweist sich als viel geringer als angegeben.

Der verhältnismäßig geringe Lohnanteil am fertigen Arbeitsstück ist wesentlich für die Lohnpolitik, die von den Gewerkschaften in der Autoindustrie betrieben werden muß.

ere Umfrage hat erwiesen, daß die Lohn- und Akkord-
haltung unter dem Kollektivvertrag nicht besonders gute
olge aufzuweisen hat, sondern dringend der Besserung
arf. Auch nach den Feststellungen des Statistischen
chsamtes sind in den Betrieben der Metallindustrie die
schnittlichen Akkordverdienste der Facharbeiter der
kriegszeit gegenüber um 13 % gesunken, die der Ange-
nten um 7 %, die der Ungelernten um 5 %. Die Zeit-
ne haben dagegen eine Steigerung von rund 3 %
hren. Die zeitigen Akkorddurchschnittsverdienste be-
gen bei Gelehrten 40 %, bei Ungelernten 37,7 %.
eichnend ist, daß die hohen Akkordmehrverdienste fast
hließlich auf die sehr geringen Akkordbasen zurück-
hren sind.

Nach den uns gemachten Angaben bestehen nicht nur
e Unterschiede bezüglich der Stundenlöhne und Akkord-
dienste, sondern diese Unterschiede zeigen sich auch in
technischen Einrichtungen der Betriebe und in den
ewandten Arbeitsmethoden. Dabei ergibt sich, daß
erengen in den Akkordzeiten, wie zum Beispiel bei
ouffinen, von 6 bis 120 Stunden, bei Phätons von 4 1/2
74 Stunden, Cabrioletts von 8 1/2 bis 100 Stunden auf-
en können. Diese wenigen Beispiele genügen schon, um
elgen, daß Akkordpreise und -zeiten eines Werkes mit
en anderer nicht in Vergleich gestellt werden können.
Grundlagen des Vergleichs haben sich vollständig ver-
en. Als Maßstab für die Beurteilung der Lohnhöhe
hangsweise der Akkordpreise, können nur die Lohn-
ille am fertigen Produkt einerseits und andererseits der
nshaltungsmittel am Orte herangezogen werden.

Im zweiten Teil seines Berichts behandelte der Kol-
Schwabe die Gesundheitsgefahren und die Maß-
men, die zur Vermeidung von Gesundheitschäden An-
bung finden können. Er wies besonders auf die
rebungen hin, die durch die Einführung des Nieder-
kerfahrens den Gesundheitschutz als überflüssig be-
nen, und warnte davor, diesen Bestrebungen auch nur
en Schritt entgegenzukommen. Alle Erfahrungen der
en Zeit beweisen, daß das sogenannte nebellose Spritzen-
ndheitschädlicher ist als das Hochdruckspritzverfahren.

Im zweiten Punkt: „Organisation und Agitation“
ndelte der Verbandsvorsitzende, Kollege Bag, in
m groß angelegten zweistündigen Vortrag die Auf-
en, die die Gewerkschaften heute im Staat und in der
rterschaft zu erfüllen haben. Einleitend schilderte er die
schaffliche Lage, wie sie sich durch das Londoner Diktat,
ch das Dawesabkommen und den Youngplan gestaltet
und mit welchen Schwierigkeiten unter diesen Um-
den die Gewerkschaften zu kämpfen haben. Der gegen-
tlig noch nicht zu Ende geführte Kampf um die Steuer-
ung und um den Ausgleich des Reichsstaats beherrscht
Situations, wobei besonders die Sozialversicherung im
ennpunkt der Erörterungen steht. Die Reichsanstalt
d trotz der Finanzmisere noch einen Hunderte von Mill-
en zählenden Kredit in Anspruch nehmen müssen, da die
gierung den Vorschlägen der Gewerkschaften zur Ge-
ung der Arbeitslosenversicherung nicht gefolgt ist. Der
bau der Sähe der Arbeitslosenunterstützung und die
nderregelung für die berufliche Arbeitslosigkeit ist für
Arbeitererschaft, besonders aber für unsere Kollegen-
st, eine starke Bekämpfung. Wir haben uns organi-
risch dennoch überaus gut gehalten und unsere Mit-
derzahlen sogar noch steigern können. Die von Bag
getragenen Zahlen der Mitgliedersteigerung der letzten
re lassen erkennen, daß sich der gewerkschaftliche Ge-
e allen sachlichen und persönlichen Widerwärtigkeiten
Trotz doch durchsetzt. Im Gegensatz zu den 34 000
stgliedern im Jahre 1924 können wir heute mehr als
00 zählen.

Für das Baualergewerbe steht die nächste Zukunft
t rosig aus. Der allgemeine Kapitalmangel hat die
tätigkeit fast zum Stillstand gebracht. Unheilvolle
gen werden sich für das gesamte Wirtschaftsleben
aus ergeben müssen, wenn es nicht bald gelingt, durch
bitbeschaffung die Wirtschaft wieder in Gang zu
en. In einem nicht geringen Grade werden auch die
enerscheinungen in der Autoindustrie nur mit der
besserung der allgemeinen Wirtschaftslage überwunden
den.

Sich nun zu den Aufgaben unserer Organisation im
einen wendend, hob der Redner besonders hervor, daß
mit dem 1. April in Kraft tretende Invalidenunter-
ung unseres Verbandes sich sehr segensreich auswirken
d. Es sind bisher mehr als 600 Invaliden gemeldet.
gute Werbekraft unserer Organisation soll sich aber
t nur in der großen Zahl der Renaufnahmen zeigen,
ern sollte ihren Ausdruck auch in dem Glauben der
onnenen Mitglieder finden. Der Wechsel in der Mit-
schafft ist immer noch sehr erheblich. Das trifft nicht
für die Maler, sondern auch für die Lackierer zu.

Zwar in gedrängter, aber doch übersichtlicher, Weise
er Kollege Bag eine Darstellung von der Entwicklung
er Lackiererorganisation. Die jetzt in der Reichsfeh-
der Lackierer zusammengefaßte Zahl von rund 8700 im
schnittschnitt ist allerdings, obwohl man die Schwierig-
en der Organisation in den gemischten Industrie-
en nicht verkennen darf, doch noch zu gering. Nach den
en, die uns aus der Berufs- und Gewerbezahlungen von
bekannt sind, dürften nach Abzug aller nicht in unsern
anisationsbereich fallenden Branchen immer noch mehr
25 000 Berufszugehörige in Frage kommen. Davan ist
Autoindustrie mit rund 3500 Berufskollegen beteiligt.
erdings sind nach den diesmaligen Feststellungen nur
Lackierer in der Autoindustrie vorhanden, von denen
erfreulicherweise berichtet werden kann, daß sie die
rganisierte Berufsgruppe in der Autoindustrie ist. Nach
Ermittlungen des DNV sind die Lackierer zu 91,5 %
nisiert; in den von uns erfaßten Betrieben war das
anisationsverhältnis 80,6 %. Das ist ein erheblicher
schritt im Vergleich zu 1928, als in dem gleichen Be-
en nur 53,2 % organisierte Berufsangehörige vor-
den waren. Der Prozentsatz der Unorganisierten ist von
auf 19,4 zurückgegangen. Trotz dieses erfreulichen
standes ist die Entwicklung für uns unbefriedigend, da
re Berufsangehörigen zu einem erheblichen Teil sich
t ihrer zuständigen B...organisation, sondern andern
berkschaften angeschlossen haben. Unsere Tätigkeit auf
Gebiete der Gewerbehygiene wird durch diese Organi-
nszerpflüchterung stark gehemmt. Alle Funktionen
res Verbandes müssen es sich zur Pflicht machen,

Wahrhaft an die proletarische Jugend.

Die proletarische Jugendbewegung hat sich in den
lehten zehn Jahren stark entwickelt. Freie Gewerkschafts-
jugend, Sozialistische Arbeiterjugend und die Arbeiter-
sportlerjugend stellen ihre Arbeit bewußt in den Dienst
des Sozialismus. In ihren Veranstaltungen leisten sie
vorbildliche Erziehungsarbeit, die Menschen schafft, die
mit offenen Augen die Welt erkennen und verstehen
lernen.

Aber nicht nur in ernster Arbeit darf der Körper
angespannt sein; Entspannung von der schweren Arbeit in
der Fabrik oder im Büro ist nötig, Entspannung und
gleichzeitig neues Kräfte schöpfen für die Arbeiten, die an
anderer Stelle noch der Erledigung harren. Die Jugend
ist die Zukunft! Sie soll das Erbe unserer Väter antreten,
sie soll das Werk der Vorkämpfer des Sozialismus weiter-
führen und weiter verbessern. Und darum muß sie ihrem
Körper in Spiel und Sport das richtige Maß der Ent-
spannung bringen.



Sonntags Wanderungen in die freie Natur, hinaus in
Wald und Feld; in den Ferien ins Gebirge, an die See!
Weder Wind noch Wetter scheuend, den verstaubten
Lungen neue, frische Luft zuführend und im lustigen Spiel
sich tummelnd, so soll und muß unsere proletarische Jugend
leben.

Immer mehr hat in der letzten Zeit der systematische
Turnunterricht, der Gymnastik- und Spielbetrieb in den
proletarischen Jugendorganisationen Platz gegriffen, so daß
viele Gruppen der Arbeiter- und Gewerkschaftsjugend
bereits regelmäßig Turnstunden abhalten und auch Spiel-
mannschaften haben. Unverkennbar stecken in diesen Turn-
und Sportabteilungen wertvolle Kräfte der proletarischen
Jugendbewegung.

Junge Menschen, die gemeinsam für ihre Ideale, für
die Ziele der sozialistischen Arbeiterbewegung kämpfen,
haben das unbedingte Verlangen, auch in Spiel und Sport
nebeneinanderzustehen und im friedlichen Streite, froh
ihre Kräfte miteinander zu messen. Und hier ist die Stelle,
wo sie mit der übrigen, dem Arbeiter-Turn- und Sport-
bund angeschlossenen proletarischen Jugend zusammen-
kommen. Im freien Spiel lernen sie einander kennen.
Im Spiel erklären sie sich eins in dem Gedanken für den
Sozialismus.

Arbeiterjugend, Gewerkschaftsjugend und Sportler-
jugend, schafft so in gemeinsamer Arbeit eine starke,
mächtige sozialistische Jugendbewegung!

unter den Berufskollegen Aufklärung über die Verbands-
zugehörigkeit zu schaffen. Ebenso muß Wert darauf gelegt
werden, daß in jedem Betrieb unsere Berufsgruppe durch
mindestens einen Kollegen im Betriebsrat vertreten ist.
Die Verhältnisse haben sich gegenüber 1928 schon wesent-
lich gebessert. Es muß aber auch auf diesem Gebiete noch
viel mehr getan werden, wenn wir die uns gestellten Auf-
gaben, die Interessen unserer Lackiererkollegen nach jeder
Richtung hin wahrzunehmen, erfüllen wollen.

Die mit starkem Beifall aufgenommenen Vorträge
wurden nunmehr zur Aussprache gestellt.

K u ß, Berlin, gab eine sehr zu erfreuende Schilderung der
schlechten Verhältnisse in den Berliner Autofabriken. Die
Abfahrtsliste macht sich für die Lackierer um so mehr fühl-
bar, als auch in den Karosseriebetrieben und den kleinen
Lackierereien Arbeitsmangel herrscht. Mehr als zwei
Drittel aller Berliner Lackierer sind arbeitslos. Auch die
Auslandsbetriebe haben sich stark eingeschränkt. Die
schlechte Geschäftslage ist den Unternehmern Anlaß zu
Akkordkürzungen. Durch Stilllegungsanträge versucht man
außerdem, sich der Betriebsräte zu entledigen.

E g e r, Nürnberg, mußte ebenfalls von unerfreulichen
Juständen berichten. Die nationalsozialistischen Arbeit-
nehmer und auch die Stahlhelfer werden unter dem
Schutz der Werksleitungen ausgezogen, um als Stoßtrupp
gegen die freien Gewerkschaften eingesetzt zu werden. Die
Agitation ist fast vollständig unterbunden.

D e f k i n g e r, Stuttgart-Sindelfingen, ging in aus-
führlicher Weise auf die gegenwärtigen Verhältnisse in den
Großbetrieben ein und stellte besondere Betrachtungen an
über die Steigerung der Produktion und den Lohnanteil.
Seiner Meinung nach kann der Lohnanteil am fertigen
Produkt nur noch 8 bis 10 % betragen. Eine stärkere Be-
teiligung der Arbeitererschaft ist also dringend notwendig.
Die Lackierer sind heute auch schon Saisonarbeiter ge-
worden, wenn man überhaupt noch von „Lackierern“ reden
kann. Der Fortschritt der Technik hat die handwerk-
liche Leistung verwischt. Die Mechanisierung der Betriebe
hat aber auch Akkordvergleiche unmöglich gemacht. Sehr
ernsthaft muß einmal die Frage geprüft werden, ob
Akkordarbeit am laufenden Band geduldet werden kann.
Sie muß vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus abgelehnt
werden. Zu vertreten wäre auch die Forderung, daß die
in den Lackierereien Beschäftigten einen höheren Lohn be-
kommen müßten als andere Berufsgruppen, da die
Arbeiten in der Lackiererei viel gefährlicher, ungesunder
und unter sonstigen erschwerenden Umständen auszuführen
sind. Ärztliche Untersuchungen sind immer von zweifel-

haftem Wert, wenn sie von Ärzten vorgenommen werden,
die vom Werk mit der Untersuchung beauftragt wurden.

D e f k i n g e r konnte darauf hinweisen, daß das gute
Organisationsverhältnis in Sindelfingen so manchen Vor-
teil erringen ließ. Verkennen aber soll man nicht, daß in
rationalisierten Betrieben die Vertrauensleute der Or-
ganisation ihre Aufgaben nur noch sehr schwer erfüllen
können.

F i e b i g, Mannheim, berichtete von den Erfahrungen,
die mit dem Niederdruckspritzverfahren gemacht wurden.
Danach sind die Leistungen milderer Art. Auch
die Gesundheitsgefahren wachsen. Den Vorzug verdient
das Hochdruckspritzverfahren. Als besonders dringlich be-
zeichnete Fiebig, sich den ungelerten Kollegen gegenüber
so einzustellen, daß bei ihnen das Gefühl, auch innerhalb
unserer Organisation zurückgesetzt zu werden, gar nicht
mehr aufkommen kann. Dann wird man auch dem noch
sehr wenig solidarisches und oft sehr undiscipliniertes Ver-
halten dieser Kollegen mit Erfolg begegnen können.

H a r t m a n n, Braunschweig, ging besonders auf die
Schwierigkeiten ein, die in den Betrieben aus den so
verschiedenartigen statutarischen Bestimmungen der ein-
zelnen Gewerkschaften entstehen und wünschte, daß größere
Einheitlichkeit, besonders in der Beitragszahlung und den
Unterstützungsfähigkeiten, angestrebt werde. Die schlechte Be-
schäftigungslage wirke sich nun auch in Braunschweig aus.
Jahrelang nur noch gut 50 % der vor einem Jahre Be-
schäftigten im Betrieb. Gesundheitlich hätte man keine
Klagen, da Bleifarben nicht mehr gespritzt werden und
der Betrieb regelmäßig alle sechs Wochen einmal von der
Gewerbeaufsicht überholt wird.

F e i ß, Brandenburg, konnte berichten, daß im Gegen-
satz zu früher im Brennabor-Werk auch unsere Organi-
sation gute Funktionen habe. Da in letzter Zeit auch
wieder mehr als 30 Kollegen neu eingestellt wurden, ist auf
eine gute Arbeit für die Organisation zu rechnen. Das
ist auch erforderlich, da trotz des flotten Arbeitstempos die
Akkordverdienste immer noch verhältnismäßig gering sind.
Bezüglich der einheitlichen Gewerkschaftsstatuten schloß er
sich den Ausführungen Hartmanns an.

D a r t u s c h e, Chemnitz, bemängelte, daß für den
Gesundheitschutz in den Betrieben zu wenig getan werde.
Seit zehn Jahren ist im Wanderer-Werk keine ärztliche
Untersuchung mehr vorgenommen. Nachdem das Werk
auf Fließarbeit umgestellt ist, sollen nur noch zwei Typen
gebaut werden. Die Zusammenarbeit mit dem Karosserie-
werk Ambi-Budd, Johannistal, hat sich nicht bewährt, ob-
wohl gerade in einer weitgehenden Arbeitsstellung der
größte wirtschaftliche Gewinn gesucht werden müßte.
Leider steht die Zahl der organisierten Arbeiter in einem
schlechten Verhältnis zur gestiegenen Kraft des Unter-
nehmens.

S a u e r, Mainz-Rüsselsheim, gab eine sehr lebendige
Schilderung aus den Opel-Werken. Da die Handarbeit
eingespart, ergab es sich, eine starke Mitbestimmung des
Betriebsrates bei den Akkordfestsetzungen zu erreichen.
Das Tempo des laufenden Bandes regelt sich je nach Be-
darf. Sauer bezeichnet als notwendig, daß mit der Band-
arbeit auch ein erhöhter Gesundheitschutz vorhanden sein
muß. Eine gute Organisation im Betrieb wird das stets
erreichen können, obwohl durch die große Ausdehnung
moderner Riesenbetriebe den Vertrauensleuten und Be-
triebsräten die Arbeit sehr erschwert wird. Pflicht der
Betriebsräte ist es, darauf zu achten, daß nicht Nitro- und
Dellacke an einem Spritzstand Verwendung finden, da sich
wiederholt dadurch hervorgerufene Brandschäden gezeigt
haben.

U h l, Frankfurt a. M., wünscht, daß die Kollegen-
schaft in den Betrieben sich mehr auf sich selbst besinn
und den oft maßlosen Anforderungen der Werksleitungen
entschieden widerstrebt. Bei der Auswahl der Betriebs-
räte soll man besonders vorsichtig sein. Quertreibereien
sind nicht zu dulden, da sie der Arbeitererschaft nur schaden.
Die Kollektivabkommen lassen durchaus die Möglichkeit
zur Befriedigung unserer Sonderwünsche zu. Man muß
nur verstehen, die Verträge auszunutzen. Bei allen Diffe-
renzen, die sich aus dem Abstoppen der Akkordpreise
ergeben, solle man es dem Wbstopper überlassen, den Probe-
akkord selbst zu arbeiten, dann wird man über Akkord-
preise nicht zu klagen haben. Die Auswächse der Band-
arbeit müssen beseitigt werden. Akkordarbeit am Band
darf es nicht geben. Obwohl man im Adler-Werk im
allgemeinen noch die Pinifarben beibehalten hat, dürfte
der Zeitpunkt, wo auf den geleerten Lackierer verzichtet
werden kann, nicht mehr allzu fern sein. Das zu erkennen
ist wichtig, da wir unsere Agitation darauf einzustellen
haben. Notwendig sei auch, aus agitatorischen Gründen
unser Verbandsstatut dem anderer Organisationen anzu-
passen.

N e n g e b a u e r, Hannover, wies darauf hin, daß
man aus dem Ergebnis der Aussprache den Schluß ziehen
kann, daß uns vor allem eine starke Organisation not
tut. Er konnte aus Hannover einiges Erfreuliches berich-
ten, da durch ein gutes Organisationsverhältnis ertägliche
Arbeitsverhältnisse geschaffen werden konnten. Allerdings
drohe jetzt nicht nur in Hannover, sondern überhaupt eine
Gefahr, da man verschiedentlich das sogenannte Bedaug-
System einzuführen beabsichtigt. Die Entscheidung darüber,
ob dieses neue Arbeitssystem nur mit Zustimmung des Be-
triebsrates eingeführt werden kann, liegt jetzt beim Reichs-
arbeitsgericht.

K u ß, Bezirksleiter, Frankfurt a. M., griff die vor-
getragenen Wünsche nach einer Reorganisation des Ver-
bandsstatuts auf und wies überzeugend nach, daß bei
gleicher Beitragsleistung unsere Unterstützungsfähigkeit nicht ge-
ringer sind als in andern Organisationen. Und wenn auch
in der ersten Stufe der Satz geringer erscheint, so sind
unsere Unterstützungsfähigkeit bei längerer Mitgliedschaft in
den meisten Fällen bedeutend höher als in andern Ver-
bänden. An der Gegenüberstellung der Sähe verschiedener
Organisationen konnte er seine Darstellung sehr gut als
richtig beweisen. Im übrigen aber ist auch unser Ver-
band bemüht, den Vorschlägen des DNVB. zu folgen
und unser Statut und auch das Mitgliedsbuch den auf-
gestellten Richtlinien entsprechend anzupassen. Sodann
beschäftigte sich Kluß mit der Frage der Facharbeiter in
den Lackierereien und wies darauf hin, daß wir der Er-
ziehung des Nachwuchses im Lackiererberuf, trotz der
Tendenz zur vollständigen Mechanisierung, Aufmerksamkeit
schenken müssen, da auch im Lackiererberuf in Zukunft

auf eine sachlich vorgebildete Arbeiterschaft nicht verzichtet werden kann. Mit einer sachlich geschulten Arbeiterschaft ist aber auch auf gewerkschaftlichem Gebiet ein erfolgreicherer Wirken möglich. In diesem Zusammenhang ist auch die Frauenarbeit zu betrachten, die uns zwar lobnpolitisch unangenehm ist, aber doch nicht ausgeschlossen werden kann. Was sich arbeitswissenschaftlich als unerfüllte Begleiterscheinung bei der Frauenarbeit zeigt, kann durch die Anwendung des § 120 der Gewerbeordnung sehr wirksam bekämpft werden.

I. H. Leib, Eisenach, berichtet von den Schwierigkeiten, die die Organisation in den Betrieben mit stark weiblichem Einschlag hat. Besonders die jungen Kolleginnen sind für die Organisation kaum zu interessieren. Seiner Meinung nach soll man aber auch die Bedeutung der Frauenarbeit nicht überschätzen. Im Daxi-Werk zum Beispiel hat man bei Wiedereröffnung des Betriebes fast ausschließlich nur gelernte Lackierer eingestellt, weil damit eine höhere Wirtschaftlichkeit des Betriebes erreicht werden kann. In gesundheitlicher Beziehung müsse in den Betrieben aber noch vieles getan werden, ebenso zur Verminderung der Feuergefahr, die besonders drohend ist, wo Öl- und Nitrolack nacheinander verspritzt werden. Mehrere Vorfälle aus der letzten Zeit weisen besonders darauf hin.

Schroder, Stettin, ging besonders auf die mit der Spritzlackierung verbundenen Gesundheitsgefahren ein, die aber mit Erfolg bekämpft werden können, wenn man die Gewerbeaufsicht für den Betrieb interessiert und ihn somit unter ständiger Aufsicht hält. Notwendig ist aber auch, daß die Kollegenschaft sich selbst der Gesundheitsgefahr bewußt ist. Die beabsichtigten Reduzierungen der Alkoholdrinkscheine versucht man immer damit zu begründen, daß in andern Werken für die gleiche Arbeit viel weniger gezahlt werde. Es sei daher zu begrüßen, daß auf der Konferenz Gelegenheit war, über die technischen Einrichtungen der verschiedenen Betriebe einiges zu erfahren.

Im Schlußwort ging Schwabe auf die Fragen der Lohnpolitik, der Leistungssteigerung und des Lohnanteils sowie des Gesundheitszustandes nochmals ausführlich ein.

Kollege Bah konnte die in der Aussprache gegebenen Anregungen und Gedanken zusammenfassen und seiner Befriedigung über die wertvolle Arbeit der Konferenz Ausdruck geben. Er hob besonders hervor, daß sich alle Kollegen bemüht hätten, unter Darstellung der betrieblichen Verhältnisse, der Arbeitsmethoden, der Löhne und der familiären Verhältnisse, unsere beruflichen und organisatorischen Aufgaben doch so zu sehen, wie sie uns im Rahmen der gesamten Autoindustrie gestellt sind. Das Ergebnis der Tagung soll zwar nicht in Entschlieungen seinen Ausdruck finden. Er sprach aber die Erwartung aus, daß die Delegierten sich nicht mit dem Verlauf der Konferenz empfangenen Eindrücken und den Erfahrungen aus andern Betrieben zufrieden geben werden, sondern daß sie aus dem Ergebnis der Konferenz den Schluß ziehen, daß es noch einer ganz erheblichen Arbeit auf dem Gebiete der Agitation bedarf, wenn unser Verband, als der berufliche Vertreter unserer Kollegenschaft, die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen soll, wie es von der Konferenz als wünschenswert erachtet wurde. Im übrigen aber dankte er den Kollegen für die freundliche und aufopfernde Tätigkeit im Dienste der Organisation und sprach die Hoffnung aus, daß wir bei der nächsten Konferenz der Lackierer in der Autoindustrie von neuen Erfolgen berichten können.

Die Körperpflege und die Leibesübungen auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930.

Die Hygiene hat sich gewandelt, ihr Inhalt ist nicht mehr hauptsächlich die Abwehr von Gesundheitschäden, insbesondere die Abwehr von Krankheitserregern, sondern sie wendet sich in viel stärkerer Maße heute wieder der tätigen Förderung der Gesundheit zu. Die beiden wichtigsten Mittel, aktiv die Gesundheit zu fördern, sind außer einer richtigen Ernährung, eine planmäßige Körperpflege und planmäßige Körperbewegungen. Diese beiden Mittel der Gesunderhaltung sind in den letzten Jahrzehnten noch besonders wichtig geworden, weil wir Großstädter in unserer Berufsarbeit zu wenig Bewegung und zu wenig frische Luft und Luft genießen. Körperpflege und Leibesübungen sollen uns diese Lebensreize wieder zuführen, und da verhältnismäßig geringe Zeit neben der Berufsarbeit hierfür zur Verfügung steht, in konzentrierter Form. Diese Erkenntnisse der Wissenschaft gilt es nun auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930 den Besuchern eindringlich vorzuführen, und zwar das "Warum" und das "Wie" der Körperpflege und der Leibesübungen. Zunächst das "Warum". Der Besucher wird durch einen Raum geführt, der in zusammengefaßter Weise seine Welt darstellt. Das Lichtspektrum der abendlichen Großstadt und ihr Lärm, die Unruhe unseres ganzen Lebens, die Luftabgeschlossenenheit dazu, werden ihn für kurze Zeit noch einmal drastisch umgeben. Er gelangt nach diesem Raum in einen friedlichen Gartenhof, der mit Luft, Sonne, Wasser und heilerer Ruhe ihn umfängt. Und nun wird ein Privatstimmium über die Haut und ihre Bedeutung für unsere Gesundheit gelesen, aber nicht in trockener Wissenschaftlichkeit, sondern in großen Modellen und glänzenden Farben. An Apparaten soll studiert werden, wie muß ich mich abtampeln, wie muß ich meine Haut massieren und waschen und ölen, wie muß ich sie in Sonne und Luft baden, auf daß ich jung und schön werde und bleibe, aber auch arbeits- und leistungsfähig. Handpflege, Haarpflege, Rasieren, alles kann in dieser Abteilung gelernt werden. Zur täglichen Körperpflege gehört natürlich auch die Zahnpflege, das "Warum" und "Wie" des Zahnpflegens bildet deshalb den Beschluß. Aber noch nicht der letzte Schlag, zunächst ein Intermezzo: wie machen es die Eskimos, daß ihre Haut sauber bleibt, wie macht es der Araber in der Wüste? Was haben die alten Australischer Chinesen und Japaner für die Gesundheit der Haut getan, und was tat und tut der russische Bauer dafür? Das wollen wir den leider so hochentwickelten Europäern, die immer glauben, der Weisheit letzter Schlag erbeutet zu haben, vor Augen führen, damit sie erkennen, es geht nie und nirgends und es ging nie und nirgends ohne eine systematische Körperkultur.

"Repetitio est mater studiorum" im letzten Raum wird deshalb noch einmal repetiert. In einem 12 m langen Kullissenmodell läuft auf Hebeldruck der Tageslauf des idealen und normalen Menschen ab, vom Morgen bis Abend, von Bett zu Bett.

Das war das Turnen der Haut, denn wahre Hautpflege ist immer Hautübung. Nun kommt das Turnen der Glieder. Ganz auf dem Holzwege ist natürlich, wer da meint, es turnen die Knochen, Gelenke, Bänder und Muskeln, wenn wir laufen, springen, Ballwerfen. Es turnen immer das Herz, die Lungen, die Nieren und nicht zu vergessen, das Gehirn mit. Diese Weisheit sollen die ersten Abteilungen der Gruppe Leibesübungen den Besuchern zeigen. Zugleich wird hierbei natürlich wieder gesagt, warum wir uns in der Turn- und Gymnastikhalle oder auf dem Sportplatz tummeln müssen, weil eben unser ganzer Körper solche anregende Übungen braucht. Nicht daß wir üben ist aber schon der letzte Fortschritt, sondern daß wir richtig üben, und daß wir für die Sauberkeit und Hygiene der Sportstätte bedacht sind. Die Technik und Methodik der Leibesübungen, der richtige Übungsstättenbau, die Grünflächenpolitik, das Sportarzteswesen erscheinen deshalb auch in dieser Halle. Leibesübungen sind, wenn sie gut betrieben werden, immer ein Bestandteil der Kultur. Die geschichtliche Abteilung soll es beweisen, daß keine Geisteskultur ohne Körperkultur möglich ist. Von diesem Satz gilt auch die Umkehrung. Und nun marschieren mit ihren Millionen die großen Verbände auf. Der Reichsausschuß für Leibesübungen, die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege, und zwischen beiden die Abteilung "Sport in der öffentlichen Meinung". Sport in der Presse, im Film, im Rundfunk, in der Fachpresse, im Buch, auf der Bühne, in der Karikatur. Doch die Ausstellung Leibesübungen wird nicht nur von den Leibesübungen reden, sondern, und das ist was ganz Neues, sie wird die Leibesübungen selbst sprechen lassen. Die Halle ist hübschenförmig um einen großen 150 m langen Spielplatz gebaut. Die Wände nach dem Spielplatz zu bestehen aus Glas. Auf dem Spielplatz aber werden den ganzen Tag Jungen und Mädchen, Kinder und Erwachsene sich in den verschiedensten Übungen tummeln, so daß jeder Besucher Theorie und Praxis ständig vor Augen hat, er braucht nur einmal hinein in die Halle und hinaus auf den Spielplatz zu schauen.

Aus unserm Beruf

Konferenz der sozialen Malereibetriebe.

In der Zeit vom 16. bis 18. März 1930 findet im Gewerkschaftshaus zu Berlin eine Konferenz der sozialen Malereibetriebe und der Malereiabteilungen unserer Bauhütten statt.

Die Konferenz soll den Leitern der sozialen Malereibetriebe und Malereiabteilungen Gelegenheit bieten, sich wieder einmal über wichtige sachliche Fragen, die auf den allgemeinen Bauhüttenlagen nicht behandelt werden können, auszusprechen, die in den letzten Jahren gemeinsamen Erfahrungen gegenüber anzuschließen. Fragen der wirtschaftlichen Betriebsführung für die sozialen Malereibetriebe zu behandeln und damit den in Frage kommenden Betrieben wie der Bewegung insgesamt zu dienen. Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Bericht über die Entwicklung und den Stand der sozialen Malereibetriebe und Malereiabteilungen. Berichtsfasser: A. Ellinger, Berlin.
2. Auftragswerbung und Kundenbehandlung (mit Lichtbildervortrag). Berichtsfasser: Paul Junge, Hamburg.
3. Die wirtschaftliche Betriebsführung im Malergewerbe:
 - a) Allgemeines. Berichtsfasser: Otto Rode, Berlin.
 - b) Durchführung der wirtschaftlichen Betriebsführung in den Betrieben. Berichtsfasser: Paul Junge, Hamburg.
 - c) Anstrich und Spritztechnik. Berichtsfasser: Moritz Stein, Berlin.
 - d) Materialeinkauf. Berichtsfasser: Moritz Stein, Berlin.
4. Die Buchführung in den sozialen Malereibetrieben. Berichtsfasser: August Künkel, Berlin.
5. Zeitgemäße Dekorationsmalerei. (Berichtsfasser wird noch genannt.)
6. Sonstiges.
7. Besichtigungen.

Hebung des Handwerks und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Von unserer Berliner Bezirksleitung wird uns berichtet: In Stolp in Pommern wird vom Preussischen Hochbauamt Lauenburg ein Behördenhaus errichtet. Die Malerarbeiten sind durchweg an Lehrlingszüchter vergeben worden. Bei den Arbeiten sind beschäftigt:

der Malermeister Schlieter mit 13 Lehrlingen
" " Joachim " 7 "
" " Rowack " 5 "
" " Riffel " 5 "

Der letztere Arbeitgeber soll überhaupt keinen Zuschlag erhalten haben, sondern hilft mit seinen 5 Lehrlingen den übrigen "Lehrherren". Beschäftigt sind ganze 3 Gehilfen bei der Arbeit.

Wir haben nunmehr an die zuständigen Instanzen zunächst einmal die Anfrage gerichtet, ob diesen etwas von den Anweisungen des Reichsarbeitsministers bezüglich der Arbeitsbeschaffungsmassnahmen und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bekannt ist. In Stolp sind nämlich über 100 arbeitslose Gehilfen vorhanden, die Unterstützung beziehen. Wir haben weiter an die zuständigen Instanzen die Frage gerichtet, ob irgendeine Aufsichtsbehörde der Janung das Recht gegeben hat, daß in einzelnen Betrieben, wo fast gar keine Gehilfen das Jahr hindurch beschäftigt werden, eine derartige Anzahl von Lehrlingen gehalten werden darf. Auf die Antwort darf man immerhin gespannt sein.

Bemerkten möchten wir noch, daß die Malerinn Stolz sich an unsere örtliche Organisation um Abhilfe dieses Zustandes gewandt hat. Dazu wäre zu sagen, ja die Innung zwingt diese Vorstände mit verschuldeten Mitteln fährt der letzte Vorfall dazu, daß auch Einsicht bei den Innungsmeistern in Stolp einkehrt, derartige Lehrlingszuchtereien für das Malergewerbe Schaden bringen können.

Dresden. In der gut besuchten Mitgliederversammlung unserer Filiale erstattete der Vorsitzende Stolz den Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr. Eingegedachte er der verstorbenen Kollegen und die Versammlung deren Andenken durch Erheben von den Plätzen. Der Kollege Schulze knüpfte an die furchtbare Wirtschaftskrise des letzten Jahres an und schilderte die Verhältnisse in den einzelnen Industrien und Berufen, die durchweg ungünstig bezeichnet werden müssen. Auch im Malergewerbe wirkte sich diese Wirtschaftskrise aus; denn in den Monaten des vergangenen Jahres, wo eigentlich im Malergewerbe Hochkonjunktur sein mußte, war Arbeitslosigkeit eine sehr hohe. Die Arbeitslosigkeit selbst war sehr oft sehr kurzfristig, sodaß manche Kollegen und mehr Arbeitsstellen aufzuweisen hatten. Die Berufsangehörigen gelang es überhaupt nicht, ihre Arbeitslosenversicherung zu erhalten, so daß sie nunmehr öffentlichen Fürsorge preisgegeben sind. Dieser Zustand veranlaßte unseren Verband, die Zulassung der Arbeitslosenunterstützung für das Malergewerbe zu beantragen. Die große Erwerbslosigkeit entstand dem Filialvorstande eine umfangreiche Tätigkeit, um eine bessere Unterbringung der Arbeitslosen herbeizuführen. Da sich die vielen kleinen Auftragsgeber den Zwang zur Benutzung des Arbeitsnachweises bei Neueinstellungen zu benutzen, mußte die Filiale alles daransetzen, bei Behörden und städtischen Auftraggebern den Zwang zur Benutzung des Arbeitsnachweises durchzuführen. Hierin war schon ein guter Erfolg zu verzeichnen und nur diesem ist es zu danken, daß die Arbeitslosen schneller untergebracht werden konnten, als sonst der Fall gewesen wäre. Auch sonst hätte die Filiale eine umfangreiche Tätigkeit für die Erwerbslosen zu entfalten, indem eine ganze Reihe Einsprüche an den Arbeitsamt eingereicht und vertreten wurden. Der größte Teil konnte in befriedigender Weise erledigt werden. Weltweit war es möglich, einen großen Teil von Kollegen aus der Saisonunterstützung herauszubekommen und zwar alle diejenigen, die in solchen Geschäften tätig waren, die keine oder nur ganz geringe Arbeiten für Baubedarf ausführten.

Die ungünstige Wirtschaftslage wurde bei den Tarifverhandlungen seitens der Arbeitgeber dazu benutzt, eine Lohnherabsetzung zu bereiten. Infolge der Arbeitslosigkeit war es nicht gelang, sondern trotz des großen Widerstandes eine Lohnherabsetzung von 5 % erreicht werden konnte. Ein Beweis, wie groß die Schlagkraft der Organisation ist. Nach der Erledigung der Haupttarifverhandlungen ergaben sich bei der Durchführung des Schiedspruches große Schwierigkeiten, da verschiedene Innungen beschloßen, die Lohnherabsetzung nicht zu zahlen. Erst durch Klagen beim Arbeitsgericht und durch persönliche Verhandlungen konnten diese Differenzen beseitigt werden. Zuerst für den Reichstarif für das Malergewerbe ist die Organisation Tarifkontrahent für die Fahrzeugindustrie und die Kraftverkehrs-gesellschaft. Auch dort war es möglich für die Interessen der Lackierer tätig zu sein. Der Mitgliederbestand ist ein befriedigender; denn trotz der furchtbaren Arbeitslosigkeit war es möglich, die Mitgliederzahl von 2885 auf 3103 zu erhöhen. Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß die Fluktuation gegenüber den früheren Jahren immer mehr nachläßt und dadurch die Organisation auch in der Stärke gewinnt. In der Jugendabteilung sind zu Zeit 439 Lehrlinge organisiert und es wurde von der Filialverwaltung kein Opfer gescheut, um den Lehrlingen jedwede Unterstützung zuteil werden zu lassen. Erfreulich ist es, daß auch die Zahlstellen an der Aufwärtsbewegung der Mitglieder beteiligt sind; denn gerade dort ist es am wichtigsten, die Organisation zu festigen. Das Vereinsleben im letzten Jahr war ein reges und der Besuch befriedigend. Nur von den Betriebsräten wünschte der Redner größere Aktivität als bisher. Eine umfangreiche Tätigkeit war im Ortsratamt zu erledigen, das am Ende des Jahres seit Bestehen des Reichstarifvertrages die hundertste Sitzung abhielt. Im verfloßenen Jahr waren allein 11 Sitzungen nötig, um die zahlreichen Beschwerden zu erledigen. Es wurden im ganzen 65 Beschwerden der verschiedensten Art verhandelt; den größten Raum davon nahm die Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz in Anspruch. Nachzahlungen beziehungsweise Bußen nahm das Ortsratamt 1617,06 M an. Bei einigen Firmen mußte festgestellt werden, daß Arbeiten nicht anschlagsgemäß bezahlt worden waren, sondern verschiedene Anstriche gespart wurden. Ebenso mußte gegen verschiedene Firmen eingeschritten werden, die so niedrige Preise abgaben, daß sie damit gar nicht in der Lage waren, einwandfreie Arbeiten auszuführen, wie die vorhergehenden Beispiele zeigen. In allen Fällen sind die Gehilfen nur die Geschädigten, da ihnen entweder die Arbeitsmöglichkeit gekürzt wird, oder man versuchte durch Umgehung des Tarifvertrages den Schaden auf die Gehilfen abzuwälzen. Bedauerlich fand der Redner das Verhalten der Siedlungs-genossenschaft Groß-Dresden, die von namhaften Arbeitervertretern besetzt ist und die alle unsere Argumente in der Wind schlug, indem sie nur solche Malergeschäfte nahm, die zwar ganz klein und fast unbekannt sind, aber so billige Preise machten, daß es ausgeschlossen erscheint, dabei alle Bedingungen zu erfüllen. Gegen verschiedene Firmen mußte die Werkstattpolizei verhängt werden. Dem Vorgehen im Ortsratamt gelang es, für den Winter städtischen Arbeiten im Werte von 83 000 M sicherzustellen, um wenigstens der größten Not im Gewerbe zu steuern. Die Arbeit des Ortsratamtes hat zweifellos dazu beigetragen, eine größere Tarifreue der Arbeitgeber wie auch unserer Kollegen zu gewährleisten. Weil das Ortsratamt bei allen Vergehen auf das schärfste durchgegriffen hat. Im Arbeitsgericht wurden für 88 Kollegen 70 Klagen durchgeführt. Es konnten insgesamt 3282,14 M ausbezahlt werden. Den größten Anteil an dieser Summe nahmen rückständige Löhne ein. Da es in vielen Fällen nicht möglich war trotz des Urteils das Geld zu bekommen, wurde für

Kollegen die Pfandung in 13 Fällen ausgeführt. Es ging auf diese Weise 388 M einzuheben, trotzdem ist ein erheblicher Teil, und zwar 723 M, nicht eingezogen. Die Organisation wird aber alles daran setzen, die Geschädigten zu ihrem Gelde zu verhelfen. Der Bericht schilderte einige interessante Fälle vom Arbeitslohn, wo ganz deutlich zu ersehen ist, wie wichtig und wichtig die Vertretung der Kollegen durch ihre Gewerkschaft ist. Er schilderte auch einige Streitfälle aus dem Verhältnis, wo es der Organisation möglich war, die Interessen der Lehrlinge zu wahren. Daß hierin bei den Kämpfen der größte Widerstand zu erblicken ist, beweist keines Hinweises und es muß die Aufgaben aller sein, für eine bessere Gestaltung des Lehrlingsverhältnisses Sorge zu tragen. Dann dürfte auch die Ueberwindung des Malergewerbes mit Lehrlingen etwas eingeleitet werden. Außerdem war es möglich, in 28 Fällen verschiedensten Differenzen ohne Gericht beizulegen, dadurch den Kollegen 894,10 M zuzuführen. Ansehend berichtet der Kollege Spranger über die Lebensverhältnisse. Einer gesamten Einnahme von 824,59 M stand eine Gesamtausgabe von 189 530,90 M gegenüber. Infolge der Arbeitslosigkeit des letzten Jahres sind die Einnahmen etwas zurück. Trotzdem ist die Bilanz eine befriedigende geblieben. Die Ausgaben sind gewaltig angeschwollen, da mit jedem Jahr die Ausgaben der Filiale größer werden. In der Ansprache an den Bericht zu bestimmen. Dem Kollegen Spranger, infolge Krankheit ausgeschieden, wurde für seine 25jährige Tätigkeit für die Organisation der wärmste Dank und die Hoffnung ausgesprochen, daß er noch recht in geistiger Frische seinen Lebensabend in unserer Partei verleben möge. Der Filialvorsitz wurde in der Besetzung wiedergewählt. Die Versammlung nahm weiteren Verlauf zum Ablauf des Tarifvertrages und stellte für die Verhandlungen ihre Forderungen. Zum Schluß berichtete der Kollege Schulze noch über die Aktion in der Sonderfürsorge und gab über alle Fragen eingehend Aufklärung. Die vom besten Geist besetzte Versammlung gelobte auch im neuen Jahre der Organisation Treue zu bewahren.

Chemnitz. Am 14. Februar fand die diesjährige Generalversammlung unserer Filiale im Gasthaus zur „Linde“. Kollege Kauschenbach, der Geschäftsführer der Filiale, gab rückblickend auf das Jahr 1929 den Geschäftsbericht. Die Zahl der Mitglieder ist auch im vergangenen Jahr um 200 gestiegen. In Mitgliederversammlungen mit Vorträgen beruflicher als auch wirtschaftlicher Art haben 22 stattgefunden, außer den Konferenzen und Sitzungen. Das Arbeitsgericht mußte in 13 Fällen angerufen werden. Die Klagen sind zum überwiegenden Teil mit Erfolg für die Kollegen beigelegt worden. Wegen Lohn- und Arbeitszeitdifferenzen lagte der Ortsrat in sechs Fällen; ferner fanden in Lehrlingangelegenheiten drei Sitzungen des Innungsausschusses statt. Von größeren Bewegungen ist die Organisation schon gewarnt. Der Tariflohn beträgt zur Zeit 1,34 M. In einzelnen Orten ließen die Unternehmer gegen das unabhörlige Stürmen und versuchten es zu hintertreiben. In der Filiale haben sie den Kollegen zum Unterschreiben aufgefordert, in denen die Kollegen auf die Lohn- und Arbeitszeitdifferenzen verzichten sollten. In allen Fällen ist dies aber von der Organisation verhindert worden. Hausagitation ist im vergangenen Jahr mit Erfolg getrieben worden. So ist es gelungen, in Annaberg eine Jahrsitzung neu zu wählen, die jetzt 53 Mitglieder zählt. Für die Kollegen in Annaberg wurde eine Lohn- und Arbeitszeitdifferenz von 15 % erzielt. In dieser Jahrsitzung ein neuer Tarif mit den Unternehmern abgeschlossen. Die Tarifverhältnisse haben trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage immerhin noch entwickelt, sie weisen eine Zunahme von 2000 M auf. Kollege Kauschenbach weist am Schluß seines Berichtes darauf hin, daß dieser Abschluß wohl befriedigend, aber nicht gut zu nennen sei, denn noch viele Kollegen stehen der Organisation fern. Es ist im kommenden Frühjahr nicht eines jeden einzelnen Kollegen, mitzuhelfen am Aufbau der Filiale und der Organisation. Es muß die Agitation einsehen, die weitestgehend aufgebaut ist, mit auch der letzte Kollege erfasst wird. Aus dem Bericht vom Kollegen Engelhard als Jugendleiter ergab sich, daß es auch in diesem Jahre wieder, dank der Arbeit der Bewegung vorwärts zu gehen. Dem Kassierer wurde die Klartext erteilt. In der Diskussion gab unser Arbeitsmittler Kollege Engel bekannt, daß die Zahl der geduldeten arbeitslosen Berufskollegen 704 beträgt. Das bedeutet, daß vier Fünftel unserer Chemnitzer Gehilfen arbeitslos sind. Beim Punkt „Neuwahl der Filialverwaltung“ wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Ein Beweis, daß er das Vertrauen der Versammlung besitzt. Unter Verbandsangelegenheiten kamen eingehender Weise die kommenden Tarifverhandlungen in Sprache. Kollege Vogt äußerte sich über das von den Vorrednern berührte Thema der „Sonderfürsorge“. In klarer Weise schildert er die jetzige Sachlage und vertritt, daß von Seiten des Hauptvorstandes mit den Spitzen der Gewerkschaft alles versucht wird und werden muß, um das Geld für unsere Kollegen zu beschaffen, zumindest für ein Jahr. Es ist aber auch Aufgabe der einzelnen Filialen, den Kollegen die Vollunterstützung zu beschaffen. Der Passus, der in dem Sonderfürsorgegesetz vorhanden ist, wo in den letzten 28 Wochen überwiegend Privatlohn ausgeführt hat oder wer Dekorationsmaler ist, gibt zu Veranlassung, die Vollunterstützung zu verlangen. Unser unterbreitete Kollege Vogt die Forderungen der Unternehmer bezüglich der neuen Tarifverhandlung. In Bezug auf Arbeitszeit, Löhne und Lehrlingsangelegenheiten ist es besonders die sächsischen Arbeitgeber, die in ihren Forderungen scharf kennzeichnen, wohin der Weg gehen muß. Nur mit aller Energie, und auch nur dann, wenn die Kollegen fest zusammenstehen, wird es möglich sein, die Interessen der Unternehmer abzuwehren. Gerade in der Arbeitszeitfrage ist auch von den Kollegen, und das wohl an allen Orten, viel geründigt worden. Mit einem nochmaligen Appell an die Kollegen, alles zu tun um die Organisation zu stärken und mitzuhelfen in der Kleinarbeit, schloß Kollege Vogt seine Rede. Der harmonische Verlauf

der Versammlung zeigt, daß die Kollegen in Chemnitz die sachliche Gewerkschaftsarbeit erkannt haben, kann doch mit Parolen und Phrasen keine Organisation gestärkt und vorwärtsentwickelt werden. Darum, Kollegen, in diesem Sinne einig und geschlossen weiter.

Friedberg i. S. Die diesjährige Generalversammlung wurde bei gutem Besuch in der Jahrsitzung Dörheim abgehalten. Nach der üblichen Ehrung der verstorbenen Mitglieder gab der Filialvorsitzende, Kollege Hensel, den Jahresbericht. Die wichtigsten Vorgänge aus dem Verbandsleben in die Erinnerung zurückrufend, konnte er den Nachweis erbringen, daß sich unsere Filiale trotz großer und langandauernder Arbeitslosigkeit ständig vorwärtsentwickelt hat. Auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung, das gemeinsam mit der örtlichen Organisation der Arbeitgeber gepflegt wurde, war der Erfolg in diesem Jahre nicht ganz zufriedenstellend; darum werden wir uns

Unser Weg.

Unser Weg, steil und breit,
Führt zu Freiheit, Einigkeit.
Laßt uns weiter darauf wandern,
Wie vor uns die vielen andern,
Die uns waren Führer, Leiter,
Die uns waren Wegbereiter.
Vorwärts! Weiter! Bleibt nicht steh'n!
Hoch das Banner! Laßt es seh'n,
Daß die vielen, vielen andern,
Die noch irrend abseits wandern,
Mit uns ziehen, mit uns schreiten,
Helfen Menschenrecht erstreiten:
Für die Söhne, deren Söhne
Kürz're Arbeit, bess're Löhne
Nieder Ausbeutung und Krieg!
Hoch die Freiheit, uns der Sieg!

Käthe Grell, Berlin.

aber nicht davon abhalten lassen, auch in Zukunft alles für eine Freimachung von Arbeitsaufträgen einzusetzen. Wegen Verstöße gegen den Tarifvertrag ist das Arbeitsgericht in vier Fällen mit Erfolg in Anspruch genommen worden. Hier liegt noch manches im argen. Mögen sich doch alle Kollegen bewußt werden, daß sie mit jedem Verzicht — sei es in der Ferienfrage oder mit sonstigen Ansprüchen auf tarifliche Rechte — den Bestrebungen der Unternehmer auf Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Vorschub leisten. Der Geschäftsbericht des Kollegen Kauschenbach zeigt eine gesunde finanzielle Entwicklung innerhalb der Filiale. Einstimmig wurde nach kurzer Aussprache der geschäftsführende Vorstand wiedergewählt. Hierauf hielt der Bezirksleiter, Kollege Uth, einen instruktiven Vortrag über die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse unter besonderer Würdigung der Lage des Malergewerbes. Eingehend schilderte er die zurückliegenden Kämpfe um die Erhaltung der Sozialversicherung und des Lebensstandards der Arbeiterschaft. Aus einschlägigen Artikeln in der Arbeiterpresse konnte er aufzeigen, daß die örtliche Arbeitgeberorganisation hinter den scharfmacherischen Bestrebungen im Reiche nicht zurückstehe. Als wichtigste Aufgabe ergibt sich für uns, den Verband reiflos auszubauen und auch den beruflichen Nachwuchs der Organisation zuzuführen und ihn zu den noch bevorstehenden Kämpfen um die Befreiung der Arbeiterschaft heranzubilden. Mit dem Gelöbniß, in den Lohn- und Tarifbewegungen des laufenden Jahres treu zusammenzusehen, fand die eindrucksvolle Versammlung ihr Ende.

Baugewerbliches

Bauhüttenfest 1930.

Der diesjährige Bauhüttenfest findet in der Zeit vom 26. bis 28. Oktober in Berlin statt. Er wird verbunden mit einer Gründungsfeier des Verbandes sozialer Baubetriebe, an der neben den Vertretern der Gewerkschaften und der befreundeten Organisationen auch die Abgeordneten zum Bauhüttenfest teilnehmen sollen. Die Gründungsfeier findet am Sonntag, 26. Oktober, statt, der Bauhüttenfest selbst am Montag, 27., und Dienstag, 28. Oktober. Die näheren Einzelheiten über die Tagung werden rechtzeitig bekanntgegeben.

Mörtelmisch- und Spritzrichtung zum Verputzen von Wänden und Decken.

Ueber eine neue Vorrichtung zum Verputzen von Wänden und Decken berichtet der Baumarkt in seiner Nummer 5 vom 31. Januar 1930. Es handelt sich um zwei durch einen gemeinsamen Mischbehälter gespeiste Druckbehälter, die zu einer Spritzdüse führen. Diese ist mit einem Handschalter versehen, durch den die verschiedenen Ventile in den Druckluftspeichern zwangsläufig gesteuert werden. Der Mörteleinstriß aus der Düse wird ebenfalls vom Schalter reguliert. Ein mit der Spritzdüse in Verbindung stehender Druckschlauch gestattet größte Bewegungsfreiheit. Der an die Wand oder Decke gepöpselte Putz wird dann, wie bisher, verrieben und geglättet.

dort: „Neben der Kapitalmacht der Gewerkschaftsverbände tritt als weiteres gewerkschaftliches Kampfinstrument die Presse, über deren Entwicklung, Ausdehnung und Bedeutung der Besucher der Internationalen Presse-Ausstellung in Köln im Haus der Arbeiterpresse in eindrucksvoller Weise unterrichtet wurde. 98 sozialistische Gewerkschaftsblätter erscheinen als Verbandsorgane, Fach-, Jugend- und Spezialzeitschriften in einer Auflage von 6 971 000 Stück. Die vollständige Jahresausgabe erreichte 1927 eine Höhe von 991 Millionen, für 1928 wird sie eine Milliarde betragen. Diese Zusammenstellung ergibt, daß hier täglich viele Millionen mit den sie beherrschenden Gedankengängen vertraut gemacht und in ihnen geschult werden. Auch die gebliebenen Aufwendungen der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen für Zwecke der Beeinflussung der öffentlichen Meinung ergeben ein eindrucksvolles Bild von der auf diesem Gebiete geleisteten Arbeit und des durch sie mit dem Zwecke der Nachgewinnung erzielten Einflusses. Sämtliche Gewerkschaftsrichtungen verfügen über eine große Anzahl von Zeitschriften und besitzen außerdem neben rührigen Verlagsanstalten noch Korrespondenzen, die den täglichen Dienst den Zeitungen gegenüber versehen. Hinzu kommt, daß sowohl die freien, wie die christlichen Gewerkschaften große Tageszeitungen besitzen, deren Leitung in unmittelbarer Zusammenarbeit mit der Leitung der betreffenden Gewerkschaft steht. Die für das Jahr 1928 herausgegebenen Jahresberichte der einzelnen Gewerkschaften geben ein anschauliches Bild der von ihnen geleisteten Arbeit zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung.“

Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände ist gewiß kein Freund der Gewerkschaftspresse, aber trotzdem erkennt sie die Bedeutung der Presse der Gewerkschaften viel bereitwilliger an, als dies im allgemeinen bei den Gewerkschaftskollegen der Fall ist. Die Gewerkschaftspresse zu einer größeren Bedeutung zu verhelfen sollte von allen Gewerkschaftsmitgliedern eifrig erstrebt werden.

Rolle der Baugewerkschaft

In zahlreichen Städten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes in Dortmund, Duisburg, Essen usw. sind die baugewerblichen Organisationen der Unternehmer und Arbeiter mit Eingaben und der Aufforderung an die Stadtverwaltungen herantreten, dahin zu wirken, daß die Krise im Baugewerbe beseitigt oder zumindest erheblich gemildert wird. Wohl fast in jeder Gemeinde ist das Bauprogramm zur Zeit im weitesten Umfange eingeschränkt. Vielsach wurden geplante Bauten stillgelegt. Der „Erfolg“ dieser „Sparmaßnahmen“ blieb nicht aus. In dem milden Winter 1929/1930 ist die Zahl der Arbeitslosen im Rheinland-Westfalen fast um 25 % höher, als im strengen Winter 1928/1929. Das Baugewerbe ist eine unserer bedeutendsten Schlüsselindustrien. Wenn in diesem Frühjahr keine energische Ankerbelegung der ganzen Bauwirtschaft erfolgt, erscheinen uns üble Rückwirkungen auf unsere andern Industriezweige unausbleiblich. Metallindustrie, Schwerindustrie, die verarbeitenden Werke, der Bergbau, Zementwerke, die Holzindustrie wie zahlreiche andere Gewerbe werden zwangsweise in die Krise des Baugewerbes hineingezogen werden. Hier erscheint es uns als dringendste Aufgabe der Behörden, mit allen Mitteln und auf dem schnellsten Wege für eine Förderung des Baugewerbes zu sorgen. Früher hieß es einmal: Hat der Bauer kein Geld, hat's die ganze Welt. Heute darf man wohl mit Recht dieses Sprichwort dahin variieren: Wer dem Bauherrn Geld verschafft, dient der ganzen Volkswirtschaft!

Sozialpolitisches

Noch tausend Jahre kapitalistische Wirtschaft.

Kürzlich wurde berichtet, daß der Siemenskonzern in Amerika eine Anleihe aufgenommen habe, die eine Laufzeit von tausend Jahren, also bis zum Jahre 2930 hat. Die lange Laufzeit soll angeblich auf bürokratische Vorschriften der Vereinigten Staaten zurückzuführen sein. Doch soll uns das weniger interessieren. Festzuhalten ist die Tatsache, daß man in der großkapitalistischen Welt mit einem tausendjährigen Bestande der kapitalistischen Wirtschaft rechnet. Es wird viel über die Zukunft der gegenwärtigen Wirtschaftsform geredet und geschrieben. Einer der besten Kenner der kapitalistischen Wirtschaft, Werner Sombart, spricht von einem Spätkapitalismus, der sich in seinen Grundzügen schon wesentlich gewandelt habe. Und während sich die Theoretiker über die Zukunft der kapitalistischen Wirtschaft den Kopf zerbrechen, rechnen die Kommandeure des Wirtschaftslebens mit einem Bestande von tausend Jahren. Sehr große Widersprüche mit hin, die zu klären unmöglich ist. Der Arbeiterschaft muß es immerhin zu denken geben, daß ihre Gegner noch lange nicht daran denken, von der Kommandobrücke herabzustiegen. Bekanntlich war nach dem Novemberumsturz sehr weitgehend die Meinung verbreitet, daß der Kapitalismus in seinen letzten Jügen liege. Eine vollständig verkehrte Anschauung, wie die Nachkriegsentwicklung bewiesen hat. Während man nämlich den Untergang des alten Europas deutlich zu spüren glaubte, lebte jenseits des Ozeans der Kapitalismus in neuer Form auf. Wir sollten jedenfalls gegenüber Prophezeiungen vom Untergang der gegenwärtigen Wirtschaftsform sehr vorsichtig sein. Der Kapitalismus hat sich als äußerst schmiegsam und wandlungsfähig erwiesen. Noch ist der größte Teil der Erde nicht vollständig in den Zirkulationskreis der kapitalistischen Wirtschaft einbezogen. Noch harren ganze Völker und Erdteile des Aufschlusses. Ja, selbst in Europa gibt es Länder, die als rein kapitalistisch orientierte Staaten nicht zu bezeichnen sind. Aus all diesen Gründen sollten wir nicht darauf warten bis der noch sehr rüstige Kapitalismus sich zum Sterben niederlegt, sondern mit allen Kräften darauf hinarbeiten, in dieser Wirtschaftsform ein besseres Leben für breite Schichten der Bevölkerung einzurichten. Ein solcher Zustand fällt nicht als Geschenk vom Himmel, sondern muß von den arbeitenden Schichten durch organisatorisches Vorwärtstreiben erobert werden. Der Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus wird sich in Zwischen-

clappen vollziehen. Die Schicht der Schaffenden wird ein Gebiet der Wirtschaftsführung nach dem andern zu erobern haben. Möge der reine Kapitalismus noch eine kürzere oder längere Lebensdauer haben, in der Gegenwart gilt es alle Positionen auszunutzen, um ein menschwürdiges Los für alle herbeizuführen.

Gewerbe- und soziale Hygiene

Hautentzündungen durch Arsenfarben.

In der „Wiener klinischen Wochenschrift“ weist Dr. Oppenheimer, Wien, hin auf einen schweren Fall von Arsendermatitis, das ist eine durch Arsen hervorgerufene Hautentzündung, die offensichtlich durch einen gelben, arsenhaltigen Wandanstrich im Schlafzimmer des Patienten verursacht wurde. Das ist der dritte in einem Jahre objektiv festgestellte Fall von Hautentzündung durch arsenhaltige Farben. Der Verfasser fordert deshalb, daß die Gesundheitsbehörden ihr Augenmerk auch auf diese Art der chemischen Zusammensetzung von Farben richten, und daß ferner die Ärzte bei Hautauschlägen unbekannter Ursache auf die Möglichkeit einer Arsenvergiftung achten. Diese Notwendigkeit dürfte sich auch besonders für die beruflich mit Farben und Lacken arbeitenden Personengruppe ergeben.

Polizei und Gerichte

Haftung des Unternehmers auch bei Weitervergebung des Arbeitsauftrages. (Tödlicher Sturz von einem ungenügend gesicherten Malergerüst.) Der Anstreichermeister L., der in seinem Betrieb zirka zehn bis zwölf Leute beschäftigt wurde im März 1928 von der Bergwerksgesellschaft Hibernia in Herne mit den Anstreicherarbeiten an einer eisernen Deckenkonstruktion in einer Maschinenhalle betraut. Der Meister übertrug nun seinerseits die Ausführung dieser Arbeit aus wirtschaftlichen Zweckmäßigkeitsgründen seinem Vorarbeiter und Kolonnenführer M. zum festen Stücklohn, wobei er nur die Farb- und Gerüstmaterialien sowie Seile und Gurte zum Anseilen stellte. Der Kolonnenführer hatte für das übrige Arbeit zu tragen und unter anderem auch die erforderlichen Vorarbeiten anzunehmen. Um nun den Anstrich der Deckenkonstruktion der zirka 12 m hohen Halle zu ermöglichen, wurden drei Baugerüste aufgestellt. Etwas unterhalb der Decke befanden sich eiserne Gerüstbäume, darüber wurden Hand- und Eckhölzer gelegt, die mit Draht und Seilen an den Eisenträgern befestigt wurden. Auf die Hölzer legte man dann lose (!) je eine Leiter und darüber, ebenfalls lose, ein 30 cm breites und 3/4 cm dickes Brett von entsprechender Länge (4,50 m). Auf einem derartigen Gerüst arbeiteten jeweils zwei Mann. Die Konstruktion dieser mehr oder weniger behelfsmäßigen Arbeitsbühnen brachte es mit sich, daß nur eine relativ geringe Deckenfläche gestrichen werden konnte und die Leiter mit dem Brett auf den Holzern dauernd verschoben werden mußte. Konnten die Arbeiter, die sich hierbei in die gewagtesten Stellungen begaben. Schließlich nicht weiter reichen, wurde das Gerüst an der nächsten Stelle neu errichtet. Während dieser Arbeiten wollte der Anstreichermeister L. ungefähr zweimal in der Halle und äußerte sich, als er die Gerüstherstellung sah, dahin, daß das nichts sei und die Arbeiter sich mindestens anseilen müßten. Unternommen hat er aber in dieser Hinsicht nichts. Am 5. April stürzte nun der Arbeiter L. infolge eines Fehltrittes in die Tiefe, wobei er zwischen Eisenrohre fiel und starb. Sein auf dem andern Ende des Gerüsts stehender Arbeitskollege, der eben das letzte erreichbare Deckenstück strich, verlor, da das Brett und die Leiter ja lose waren, das Gleichgewicht und stürzte ebenfalls in die Tiefe, kam aber, wenn auch mit schweren Verletzungen, mit dem Leben davon. — Der wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung zur Verantwortung gezogene Anstreichermeister, der vergeblich darauf hingewiesen hatte, daß nicht er, sondern sein Kolonnenführer der eigentliche Unternehmer und Ausführende bei diesen Arbeiten sei, wurde vom Landgericht Bochum zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Strafammer ging davon aus, daß derjenige als Unternehmer angesprochen werden müsse, auf dessen Rechnung der Betrieb geführt werde. Das sei hier der Angeklagte, der somit für die sachgemäße Ausführung der Arbeiten einzustehen habe. Der mit dem Kolonnenführer geschlossene Vertrag habe nur den Zweck gehabt, denselben finanziell zu interessieren und dadurch die schnellere Ausführung der Anstreicherarbeiten zu erreichen. Der Kolonnenführer bleibe also weiterhin Vorarbeiter und könne höchstens als Aufsichtsführender in Frage kommen. Die Pflicht, für ein ordentliches Gerüst zu sorgen, habe der Angeklagte zweifellos verlegt. Aus § 34 der Unfallverhütungsvorschriften der rheinisch-westfälischen Bergwerksbesitzer-Vereinigung, deren Mitglied der Angeklagte innerhalb der Sektion Dortmund sei, ergebe sich, wie ein ordentliches Gerüst für derartige Arbeiten beschaffen sein müsse. Danach muß es sich um ein sicher abgedecktes Gerüst handeln, das unter anderem nach den Seiten hin mit Bordbrettern versehen sein muß. So sei das hier benutzte Gerüst jedoch nicht beschaffen gewesen, und das sei ursächlich für den Unfall, denn dann hätte der Fehltritt nicht erfolgen können und auch nicht der im Zusammenhang damit stehende Absturz des andern Arbeiters, der sich auf dem losen Brett natürlich dann, als auf der andern Seite das Gegengewicht fehlte, nicht mehr halten konnte.

Das Reichsgericht, das sich auf Grund der Revision des Angeklagten mit diesem Bauunfall als letzte Instanz zu befassen hatte, bejahte ebenfalls die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Anstreichermeisters und gelangte zur Bestätigung seines Rechtsmittels. Dabei wurde noch ausdrücklich betont, daß es zur Feststellung einer Fahrlässigkeit gar nicht eines Verstoßes gegen die Unfallverhütungsvorschriften bedürfe, sondern daß die Angemessenheit der Sorgfaltspflicht sich schon aus den allgemeinen Grundregeln ergebe. (S. D. 50/30 vom 3. März 1930.)

Vom Ausland

Tariffbewegungen im Malergewerbe der Schweiz. Die Maler in Bern, Luzern und Zürich stehen in Tariffbewegung. Die bisherigen Verhandlungen haben noch zu keinem Resultat geführt. Die Malermeister versuchen durch Heranziehung von zahlreichen Arbeitskräften aus dem Ausland die dringendsten Arbeiten noch fertig zu stellen. Zuzug von Malern strengstens fernzuhalten.

Bau- und Holzarbeiterverband der Schweiz.

Verchiedenes

Helfst Feuer verhüten!

Wenn man bedenkt, daß jährlich fast eine halbe Milliarde Goldmark unseres Volksvermögens nutzlos in Rauch und Flammen aufgeht, wenn man bedenkt, daß drei Viertel aller Brände auf Fahrlässigkeit, Sorglosigkeit und Unkenntnis der Menschen zurückzuführen sind, sollte da nicht gerade die Zeit der wirtschaftlichen Not eines Volkes die geeignetste sein, um eine derartige Veranstaltung zum Nutzen der Allgemeinheit durchzuführen?

Welche Erleichterung könnte unserm wirtschaftlich daniederliegenden Volke gebracht werden, wenn jährlich diese halbe Milliarde an anderer, nutzbringender Stelle verwendet werden könnte. Auch eine große Anzahl ideeller Werte geht verloren, die mit Geld niemals zu ersetzen sind. 1400 Menschen verlieren jährlich durch Brände ihr Leben. Wieviel Not, Unglück und Sorge hiermit verbunden ist, können nur die wenigsten ermessen. Alles dieses könnte vermieden werden, wenn Aufklärung und Erziehung zur Feuerverhütung Allgemeingut aller Schichten unseres Volkes geworden sind.

In Erkenntnis dieser Tatsachen haben die in der Arbeits- und Interessengemeinschaft deutscher Feuerwehrorgane zusammengeschlossenen Spitzenverbände der Feuerwehren Deutschlands die Veranstaltung einer Feuer- und Vorkurs-Woche beschlossen, die erstmalig in der Zeit vom 27. April bis 4. Mai 1930 stattfinden soll. Durch Wort und Bild, durch Vortrag und Belehrung, durch Verbreitung der von der Arbeits- und Interessengemeinschaft deutscher Feuerwehrorgane herausgegebenen Schrift „Feuerverhütung! Das Buchlein für alle“, das in jedermanns Hände gelangen wird, soll der Gedanke der Feuerverhütung in alle Kreise unseres deutschen Volkes hineingetragen, der Nutzen und Wert vor Augen geführt und für alle Zeit eingedämmert werden. Die Behörden des Reiches und der Länder, Presse, Verbände, Vereine und Schulen haben weitgehende Unterstützung dieser Veranstaltung zugesagt. Die 30 000 Feuerwehrleute des Deutschen Reiches, deren Tätigkeit nicht allein auf dem Gebiete des Feuerlöschens, sondern vorzugsweise auf dem der Feuerverhütung liegt, haben sich in den Dienst dieser großen Sache gestellt, deren nachhaltiger Erfolg nicht ausbleiben wird.

Helfst Feuer verhüten!

Gesellschafts- und Ferienreisen in den Spreewald.

Fortgesetzte Klagen aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen wegen Ueberkueuerung beim Besuch des Spreewaldes veranlassen den Verlag der Märkischen Volksstimme in Cottbus mit dem zuständigen Verkehrs-Büro des Ober- und Unterpremalandes Verhandlungen wegen Verbilligung zu pflegen. Dieses Ziel ist erreicht worden. Die Verbilligung beträgt bis zu 70 %.

Der Verlag hat nun seinem Geschäft ein Reisebüro angegliedert, das Interessenten bereitwilligst jede Auskunft gibt. Man lasse sich die vom Verlag herausgegebenen Prospekte kommen, die alles Nähere besagen.

Ferienreisen für Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Wieder ist der neue Reiseprospekt für 1930 erschienen, der eine große Anzahl von Reisen für Arbeiter und Beamte ins In- und Ausland enthält. Folgende Reisen sind vorgesehen: Adria, Dalmatien, Paris, Corfica, Riviera, Rhein, Südschweizer Seen, Norwegen, Normandie, Bornholm, Ostseestädte (Riga, Reval), England, Wien-Klagenfurt, Krakau-Hohle Tatra, Hamburg-Helgoland, Budapest, Kurische Nehrung-Majatische Seen, Oberbayer-Nordtirol, Schweiz-Westalpen, Heidelberg-Schwarzwald, Spanien, Tunis. Daneben sind eine Reihe von preiswerten und guten Ferienaufenthalten eingerichtet worden, und zwar in Nordtirol, in der Südschweiz und in Kärnten. Ferner sind zu erwähnen eine Anzahl wirtschaftspolitischer Studienreisen, die in das rheinisch-westfälische Industriegebiet, in das mitteldeutsche Wirtschaftsgebiet, nach Berlin als Wirtschaftszentrum sowie nach Finnland als Agrarland führen.

Die Kosten für die Reisen sind so gering wie möglich berechnet; außerdem können die Kosten in bequemen Ratenzahlungen aufgebracht werden. Je früher mit den Zahlungen begonnen wird, um so geringer ist der Kostenbetrag. Ueber die näheren Bedingungen, die Kosten und die Termine der Reisen gibt der reichillustrierte, schön ausgestattete Reiseprospekt Auskunft, der 35 S kostet und bei den Arbeiterbuchhandlungen, in den Sekretariaten der Partei und Gewerkschaften erhältlich ist oder gegen Einsendung des Betrages in Briefmarken durch den Reichsanstalt für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu beziehen ist.

Patenttechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

Gebräuchsmuster.

Nr. 75 c. 1 108 970. Leimzertheilungsapparat für Maler. Paul Claus, Auerbach i. Vogtland.

Nr. 75 c. 1 108 638. Spritzgeräuber für Lack- und andere Flüssigkeiten. Offenbacher Schrauben-Industrie-Paul Meß, Mühlheim a. Main.

Erteilte Patente.

Nr. 75 c. 497 924. Apparat zum Aufspritzen von Farbhäuten. Gustav Ammann, Zürich.

Angemeldete Patente.

Nr. 75 c. W. 80 085. Flächenbemusterungswalze für mehrfarbige Bemusterung. Friedrich Weiershausen, Hamburg, Lindenstraße 37.

Nr. 75 c. H. 120 008. Spritzapparat, insbesondere zum Aufspritzen von klebrigen, unter Druck stehenden Flüssigkeiten. Paul Herbst, Bremen, Kornstraße 101.

Nr. 75 c. B. 58 424. Gerät zum Auftragen von Flüssigkeiten, insbesondere Farben oder dergleichen, auf eine Arbeitsfläche. Gebr. Pierburg AG., Berlin-Tempelhof, Ringbahnstraße 40.

Nr. 75 c. S. 78 325. Brettchen mit Oeffnungen zur Aufnahme der Gewindehälse von Farbtuben. Gebr. Sackler, Chantilly Duse, Frankreich.

Fachliteratur

Taschenbuch für die Farben- und Lackindustrie sowie für den einschlägigen Handel, Ausgabe 1930.

Herausgegeben von Dr. Hans Wolff, Direktor Dr. W. Schöler und Professor Dr. Hans Wagner, Stuttgart 1930. Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft m. b. H. Preis in brosch. Leinen gebunden 12,50 M.

Die vorliegende Neuauflage bringt einen weiteren Ausbau des Taschenbuchs. So sind im ersten Teil auf verschiedenen Ergänzungen auch die Lieferbedingungen des Reichsausschusses für Lieferbedingungen (RAL) für Eisen, Messing, Bleimennige und Zinkweiß aufgenommen worden. Die Vorschriften des Reichsbahn-Zentralamtes über Stickstoff für Fahrzeuge wurden den neuesten Bedingungen entsprechend abgeändert. Das Kapitel über Kunstharze ist zusammenfassend in einem besonderen Abschnitt von Professor Dr. M. Scheiber, Leipzig, dem besonderen Kennzeichen dieses Gebietes, behandelt. Das Kapitel über Nitrozellulose-Lacke wurde vollständig umgearbeitet und dem heutigen Stand unserer Kenntnisse angepaßt, entsprechend der Bedeutung, die diese Lacke in der Industrie gewonnen haben. Besonders beachtenswert sind die sorgfältig bearbeiteten zahlreichen Tabellen. Auffällig erscheint uns, daß unter der Rubrik „Fachliteratur“ das Fachorgan „Der Maler“ nicht aufgeführt ist, das doch unter allen deutschen Fachblättern mit einer Auflage von 85 000 Exemplaren an erster Stelle steht. Das Taschenbuch für die Farben- und Lackindustrie wird sich in der gut ausgestatteten Neuauflage als zuverlässiger Ratgeber für jeden, der als Hersteller oder Verbraucher an Farben und Lacken interessiert ist, bewähren.

Literarisches

Buchhaltung und Rechnungswesen in den sozialen Betrieben. Leitfaden für die Buchführung und das Rechnungswesen in sozialen Betrieben. 1930. Herausgegeben vom Verband sozialer Baubetriebe G. m. b. H., Berlin S 14, Pfeifferstraße 1. Die Herausgabe dieses vorzüglich bearbeiteten Leitfadens wird den Geschäftsführern und Buchhaltern der sozialen Betriebe willkommen sein. Zur richtigen Führung der Buchhaltung und zu einer den Bedürfnissen der heutigen Zeit entsprechenden Organisation des Rechnungswesens ist ihnen damit ein zuverlässiges Hilfsmittel und guter Ratgeber an die Hand gegeben.

Mar Beer, Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe. Sechste erweiterte Auflage 1929. 789 Seiten. Brosch. 8 M., Ganzleinen 10 M. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8. Mar Beer hat vor acht Jahren im Verlage für Sozialwissenschaft eine allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe in fünf Bänden herausgegeben, die, im ganzen genommen, als anerkannteste Leistung bezeichnet werden kann. Daß dies Wert bei den Führern des Sozialismus für würdigenachtet wurde, in einem kommunistischen Verlag jetzt in sechsten Male in „durchgesehener“ und „erweiterter“ Auflage erscheinen, hat sicherlich seine besonderen Gründe. Bei einem genauen Durchsicht und einem Vergleich der deutschen Originalausgabe und der vorliegenden dürfte sich ergeben, welche Änderungen durch Weglassen oder Hinzufügen von Worten und Sätzen beim Durchsehen vorgenommen sind. Dies um so mehr, als Dr. Beer keine Weisheit am Schluß des vorliegenden Bandes zur Verfügung gestellt hat. Drucktechnisch ist der Verlag das Buch gut ausgestattet.

Geistliche und nervöse Ernährungslehre bei Frau und Mann sowie deren Heilung. Von Dr. med. Hape. Preis 2 M. Brunnen-Verlag in Hannover. — Das Buch ist in feinführender und verständnisvoller Weise abgefaßt. Man erhält einen tiefen Einblick in unser Liebesleben, erfährt von Mitleiden, durch ihre peinlichen Leiden von einer lähmenden Angst erlöst werden und infolge ständiger Depression und Lebensmühsal sich auf Sonderlingen werden. Das Buch wird allen diesen Leiden ein hoffnungsvoller Ratgeber sein, der die seelischen Zusammenhänge klärt und zeigt, wie Heilung erfolgen kann.

Vom 10. März bis 16. März ist die 11. Beitragswoche.

Vom 17. März bis 23. März ist die 12. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Frankfurt a. Main. (Zahlstelle Soden i. L.) Am 13. Februar starb unser treues Mitglied, der Kollege Friedrich Müller an Rippenfellentzündung im Alter von 56 Jahren. — (Zahlstelle Lindenholzhäuser.) Am 27. Februar starb infolge einer Operation unser treuer Kollege Heinrich Beck aus Werschau im Alter von 45 Jahren. — Am 5. März starb unser treues Mitglied, der Lackierer Ernst Siegel im Alter von 43 Jahren an Magenkrebs.

Hamburg. (Zahlstelle Harburg.) Am 11. Februar starb unser Kollege Paul Kriese, geboren am 6. September 1862, nach längerer Krankheit. — Am 4. März starb unser Kollege August Sommer geboren am 21. März 1860. Er gehörte der Organisation fast 30 Jahre an und war stets in ihrem Interesse tätig.

Ehre ihrem Andenken!